

# **INFOPERU87**

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

## **Inhaltsverzeichnis**

1. [Editorial No 87 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Ein Modell stösst an seine Grenzen \(Carlos Herz\)](#)
3. [Fotogalerie: Proteste in Lima \(Vera Lentz\)](#)
4. [Menschenrechte, Demokratie und politische Krise in Peru \(César Bazán Seminario\)](#)
5. [Fotogalerie: Juliaca und Puno protestieren \(Yda Ponce\)](#)
6. [Proteste in Peru: vier Einblicke in den Alltag \(verschiedene Autoren\)](#)
7. [Susana Baca: eine Sängerin klagt an](#)
8. [Schwarzes Gift – Problematische Erdölförderung \(Heinz Schulze\)](#)
9. [Da wo das Kupfer herkommt \(Thomas Niederberger\)](#)
10. [Wie gut sind deutsche Unternehmen in Peru auf das Lieferkettengesetz vorbereitet? \(Anna Kohte\)](#)
11. [Was bringen Klimazertifikate in Peru ? \(Vanessa Schaeffer\)](#)
12. [Scholz in Lateinamerika: nur Rhetorik? \(Vanessa Schaeffer\)](#)
13. [Kurz gemeldet Februar 2023](#)
14. [Perus Superreiche \(Heinz Schulze\)](#)
15. [ISP-News Februar 2023](#)
16. [Ankündigungen und Hinweise – Februar 2023](#)
17. [Peru-Seminar vom 5. – 7. Mai 2023](#)

## 1. Editorial No 87

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

das Peru Ende Februar 2023 ist nicht mehr dasselbe Peru wie 2021. Dazwischen liegen 48 von der Polizei erschossene junge Männer aus Andahuaylas, Chinchero, Ayacucho, Puno, Arequipa und Cusco, 1 toter Polizist und 11 weitere tote Peruaner\*innen, die an den Folgen der Strassenblockaden gestorben sind. Am 9. Januar wurden alleine in Juliaca (Puno) 17 Personen umgebracht, bei Protesten, die den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte und baldige Neuwahlen forderten. Doch kein Polizist ist bisher zur Verantwortung gezogen worden, kein Innenminister ist zurückgetreten. Im Gegenteil, Präsidentin Boluarte lobte die Polizei und das Militär, weil sie die Straßen wieder von den „Terroristen“ befreit hätten. Längst sind es nicht nur die Quechua und Aymara aus dem Süden des Landes, die den Rücktritt Boluartes wollen. 70 – 80% der BürgerInnen stimmen bei Umfragen zu. Doch Präsidentin Boluarte und das Parlament scheint dies nicht zu beeindrucken.

Die Polarisierung, der Rassismus und die Volksverhetzung durch die Hauptstadtmedien hat erschreckende Ausmasse angenommen. Amnesty International spricht in seinen jüngsten Recherchen von rassistisch begründeter Polizeigewalt: 80% der bei den Protesten erschossenen Personen waren Quechua oder Aymara. Denn ein indigener Bauer oder Bäuerin zählt in Peru immer noch weniger als ein weißer oder mestizischer Städter oder Städterin. Schon der Bericht der Wahrheitskommission vor 20 Jahren hatte diesen Rassismus, der die peruanische Gesellschaft durchzieht, schonungslos offengelegt.

Im Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, haben die Proteste an Intensität etwas nachgelassen, aber sie gehen an vielen Orten weiter. Die Repression durch Regierung und Polizei nimmt zu, jeder, der die Demonstranten unterstützt, kann in den Verdacht des „Terrorismus“ geraten.

Da Präsidentin und Parlament keine Anstalten machen, zurückzutreten bzw. Neuwahlen zuzustimmen, ist keine politische Lösung in Sicht.

Gerade ob der vorherrschenden Desinformation durch die in Lima ansässigen Zeitungen, Revolverblätter, Fernseh- und Radiosender – die meisten in privater Hand –, und vor allem durch die sozialen Netzwerke, wird ausländische, unabhängige Berichterstattung über die Ereignisse und Solidarität mit den Betroffenen umso wichtiger. Auch wir von der Infostelle Peru werden dran bleiben, wir werden berichten, unseren Partnern in Peru zuhören und ihrem Ruf nach Gerechtigkeit Gehör verschaffen in Europa.

Nicht nur Worte, sondern auch Bilder sind wirkmächtig. Deshalb freut es mich besonders, dass wir Ihnen in dieser Ausgabe des InfoPeru Bildstreifen von zwei Top-Fotographinnen und einem Top-Fotograph zeigen können. Die als Bürgerkriegsfotographin bekannte Vera Lentz hat die Proteste in Lima für die Infostelle Peru begleitet; Yda Ponce hat dasselbe in Puno und Juliaca getan.

Und Jacob Balzani-Lööv hat uns seine Fotos von der Reise durch den Bergbaukorridor von Apurimac bis Arequipa zur Verfügung gestellt.

Vielen Dank allen Dreien und Ihnen wünsche ich dieses Mal nicht nur gute Lektüre, sondern auch gutes Schauen! Lassen Sie die Bilder auf sich wirken!

*Ihre Hildegard Willer*

*Redakteurin InfoPeru*

## 2. Ein Modell stösst an seine Grenzen

### Eine politische Zusammenfassung der Ereignisse in Peru

Peru erlebt seit Jahrzehnten eine Regierbarkeitskrise – gekennzeichnet vor allem durch die Schwäche der politischen Institutionen. Gründe dafür sind ein Defizit im Aufbau einer Staatsbürgerschaft sowie begrenzte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, die nur aufgrund von öffentlichem Druck erreicht worden sind. Die Krise ist auch vor dem Hintergrund eines hohen Grades an informeller Beschäftigung zu sehen, die Ausdruck einer historischen Vernachlässigung der Grundbedürfnisse durch den Staat ist. Die Menschen sind gezwungen, vielfältige Strategien für ihr Überleben zu entwickeln. Dazu kommt ein Wirtschaftsmodell, das auf Rohstoffexport basiert, vom internationalen Markt abhängig ist und von der Krise nicht betroffen ist, abgesehen von den Schwankungen der Weltmarktpreise. Ein Großteil der Informalität hängt auch mit illegaler Wirtschaft und Korruption zusammen, die die nationale Wirtschaft prägen. Man kann durchaus sagen, dass neben der Regierbarkeitskrise ein extremes neoliberales Wirtschaftsmodell existiert, das alle oben genannten Formen der Akkumulation in sich vereint.

### Alle gegen Castillo

Aus diesem Kontext ging die letzte Regierung hervor, weniger aus einer programmatischen Zustimmung als vielmehr aus Ablehnung gegen eine mögliche Fujimori-Regierung, die für ihren repressiven und korrupten Charakter, die Unterwerfung unter externe wirtschaftliche Interessen und die Veräußerung des Staatvermögens an ausländisches Kapital bekannt war. Der knappe Sieg von Präsident Castillo wurde weder von der Rechten noch von den meisten Medien, die mit ihr in enger Verbindung stehen, anerkannt. Hinzu kommen Rassismus und Diskriminierung, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben und bis heute den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen. Die Ineffizienz der Regierung Castillos und die sich mehrenden Anzeichen von Korruption erleichterten die durch das Parlament betriebenen und von der Presse unterstützten Versuche, die Regierung zu stürzen und zu destabilisieren. Doch auch bei einer guten Regierungspolitik hätten die rechten Gruppierungen nicht anders gehandelt. Viele Maßnahmen der Regierung, die etwa in den Bereichen Bildung und Geschlechtergerechtigkeit Bürgerrechte einschränkten, stimmten sogar gut mit den rückschrittlichen Ansichten der Rechten überein.

### Die Verachtung der Eliten gegen indigene Mit-Bürger

Die offensichtliche Korruption innerhalb der Regierung Castillo, die wie in jedem Rechtsstaat gerichtlich verfolgt werden sollte, war ein willkommener Anlass für Anschuldigungen gegen den Präsidenten. Im Vergleich zu weit größeren Skandalen und Korruptionsfällen handelten Parlament und Justiz im Fall Castillo sehr sorgfältig und gründlich. Die Strategie der Rechten und der

Mehrheit der Presse bestand von Anfang an darin, Castillo und sein Umfeld permanent unter Druck zu setzen. Zu dieser anhaltenden Destabilisierungs- und Absetzungskampagne gesellt sich ein grausamer klassistischer sowie rassistischer Diskurs, der die Unfähigkeit des Präsidenten und seine einfache Herkunft benutzte, um ihn und seine Familie anzugreifen und zu verletzen. Letzteres gilt als ein zentraler Faktor, der die Reaktion der überwiegend ländlichen Bevölkerung hervorgerufen hat. Die Proteste sind vor allem auf die verächtliche Haltung der Eliten gegenüber den ärmsten sozialen Bevölkerungsgruppen, insbesondere gegenüber der ländlichen Bevölkerung im Süden des Landes, zurückzuführen. All dies verdeutlicht die soziale und kulturelle Spaltung des Landes.

### **Versuchter Staatsstreich hat alle überrascht**

Die jüngsten Ereignisse kamen für viele überraschend. Zum einen, weil niemand damit rechnete, dass Castillo auf die Idee kommen würde, das Parlament aufzulösen, ohne jegliche Unterstützung durch offizielle militärische oder politische Kräfte. Daher sein rascher Sturz, seine Inhaftierung sowie die Vereidigung seiner Nachfolgerin, der Vizepräsidentin, und die Ernennung ihres Kabinetts. Zum anderen hatte niemand damit gerechnet, dass so viele die Freilassung des Präsidenten fordern würden, was ja bedeutet, dass sie den gescheiterten Versuch der Parlamentsauflösung als legitim empfanden, wohl aufgrund seiner anhaltenden Versuche der Destabilisierung. Die Proteste werden stärker, vor allem in den südlichen Hochanden und an der Südküste. Sie verlangen den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte, die Auflösung des Parlaments sowie vorgezogene Neuwahlen. Manche fordern auch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung sowie die Freilassung Castillos. Während Parlament und Präsidentin die soziale und politische Realität ignorieren, werden Streiks und Blockaden massiver. Die Antwort darauf ist gewaltsame Repression. Das hat zu der hohen Zahl von bisher 60 Todesopfern und Hunderten von Verletzten durch Schrotkugeln und scharfe Munition geführt.

### **Polarisierung nimmt zu**

Die Zukunft ist ungewiss. Die Initiative der Präsidentin, die Wahlen auf März 2024 vorzuziehen, ist im Parlament gescheitert. Ebenso wenig wurde das Versprechen erfüllt, ein neues, technokratisches und effizientes Kabinett zu ernennen. Im Gegenteil fördert die Parlamentsmehrheit Gegenreformen mit dem Ziel, ihre Macht zu erhalten. Sie bewilligt wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, die die Bürgerrechte verletzen, insbesondere die der indigenen Bevölkerung des peruanischen Amazonasgebietes. Das Misstrauen der Bevölkerung wächst weiter, ebenso die Verbitterung und Entrüstung aufgrund der anhaltenden klassistischen und rassistischen Misshandlung. Die Solidarität eines Teils der Bevölkerung mit dem abgesetzten Präsidenten hat mit diesem Gefühl der Ausgrenzung zu tun, nicht so sehr mit seinen Führungsqualitäten.

### Was wir tun können

Was tun? Als erstes sollten wir die Forderungen stellen, dass die Mordfälle gründlich untersucht und die Verantwortlichen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Regierung muss sich ihrer Verantwortung stellen. Die aktuellen, meist spontanen sozialen Proteste bieten eine große Chance zur sozialen Transformation. Alles, was jetzt politisch erreicht werden kann, wird noch keine wesentlichen Veränderungen bringen, sondern bestenfalls Wegweiser für einen langen Prozesses des Aufbaus neuer wirtschaftlicher, politischer, sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Bedingungen sein. Autoritäre Tendenzen herrschen nicht nur in den traditionellen Machtgruppen der Regierung und des Parlaments vor. Sie weiten sich auch auf die verschiedenen Bereiche und Institutionen von Staat und Gesellschaft aus, selbst in verschiedenen Vertretungen und Führerschaften der betroffenen Schichten. Dies kann dazu führen, dass antidemokratische Führungsstile bestärkt werden. Das gleiche gilt für die mögliche Fortführung neoliberaler und umweltzerstörerischer Wirtschaftsmodelle wie etwa die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Wir müssen uns sehr ernsthaft mit der schwerwiegenden sozialen Spaltung auseinandersetzen, die dazu führt, dass die Unterteilung in Menschen erster und zweiter Klasse akzeptiert wird.

Wir brauchen neue Bedingungen der Organisation einer artikulierten gesellschaftlichen und politischen Staatsführung (Governance). Im Aufbau neuer Potenziale sollten wir uns besonders an junge Menschen und Vertreter\*innen von Bauern- und indigenen Organisationen richten. Bündnisse von Organisationen müssen gestärkt, interinstitutionelle Allianzen, die aktuelle Zersplitterung von Engagement und Ressourcen muss überwunden werden. Wir müssen einen klaren Kurs bestimmen, der alte Paradigmen hinter sich lässt und uns zu dem südamerikanischen Konzept des „guten Lebens“ („buen vivir“) führt. Es ist höchste Zeit, dass NROs, Projekte und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sich zusammenfinden, um über diese neuen Herausforderungen zu reflektieren und einen Weg zu finden, anders zu handeln.

*Carlos Herz, 25.01.2023*

*Carlos Herz ist Direktor der Nichtregierungsorganisation "Centro Bartolome de Las Casas" in Cusco*



©Vera Lentz

### 3. Fotogalerie: Proteste in Lima

Vera Lentz, berühmt durch ihre Fotos aus dem [peruanischen Bürgerkrieg](#), hat die Proteste in Lima mit ihrer Kamera begleitet. Die Infostelle Peru zeigt eine Auswahl ihrer Fotos.

Die Verhaftung von Demonstranten in Ayacucho, ihre Festsetzung in der Kaserne "Los Cabitos" und die nächtliche Überstellung nach Lima, haben Vera Lentz an das Vorgehen der Polizei in Ayacucho während des Bürgerkriegs vor fast 40 Jahren mit dem Leuchtenden Pfad erinnert.

Wer mehr über das faszinierende Leben und die Arbeit von Vera Lentz erfahren möchte: die ARD hat Vera Lentz vor kurzem ein [Weltspiegel-Feature](#) gewidmet



Die 68-jährige Petrona Cahuire, Mutter und Grossmutter, ist aus dem Hinterland von Tacna nach Lima gekommen. Sie will solange bleiben, bis Dina Boluarte zurücktritt. ©Vera Lentz



Ein feministisches Kollektiv protestierte mit entblößten Brüsten vor dem Justizpalast, und fordern Gerechtigkeit für die ermordeten Demonstranten. ©Vera Lentz



Das Polizeiaufgebot war bei allen Protesten in Lima sehr gross. Zum Teil kam es zu richtiggehenden Aufmärschen. Eine Untersuchung von Amnesty International ergab, dass die Polizei bei ihrem Vorgehen gegen die Demonstranten schlimmer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht ©Vera Lentz



Der 52-jährige Luis Farias, Krankenpfleger im staatlichen Maria Auxiliadora-Hospital in Lima, hat sich an seinen freien Tagen als Sanitäter für die Demonstranten zur Verfügung gestellt. In seiner Sanitätstasche hat er Essig gegen Tränengas. ©Vera Lentz



Die Demonstranten tragen das Bild des ersten und bisher einzigen Todesopfers der Proteste in Lima. Victor Raul Santisteban Yacsalilca, 52, wurde aus nächster Nähe von einer Tränengasbombe getroffen. ©Vera Lentz



Präsidentin Dina Boluarte hat die Polizei öffentlich gelobt - obwohl sie bei den Protesten 46 Personen getötet hat. Warum die Polizei in Juliaca und Ayacucho gewalttätige Demonstranten nicht eingekesselt hat, sondern wohl wahllos geschossen hat: dies wird hoffentlich noch untersucht. ©Vera Lentz



*Künstler\*innen aus Lima drücken ihre Solidarität für die von der Polizei getöteten Demonstranten mit dieser Performance vor dem Justizpalast in Lima aus. ©Vera Lentz*



*An den Demos in Lima sind Menschen aus den südlichen Provinzen Puno, Cusco, Ayacucho, Apurimac ebenso präsent. Für ihre Reise nach Lima haben die Dorfgemeinschaften und die Händler in den Städten gesammelt. Oft kommen die Demonstranten vom Land bei Verwandten in Lima unter. ©Vera Lentz*



Der Vater protestiert in Lima für die Freilassung seines Sohnes Fernando Quinto, 32, aus Ayacucho wurde bei den Protesten in Ayacucho verhaftet und in einer Nacht- und Nebelaktion nach Lima gebracht. Am 15. Februar wurde er wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung zu 18 Monaten Bewährungsstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft habe Beweise, dass Quinto und sechs weitere Verhaftete einer Organisation des Leuchtenden Pfades angehörten. ©Vera Lentz



Vater mit Kind beim Protest am 4. Februar 2023 in Lima. Der Junge hält die Wiphala -Fahne, Symbol der Quechua, Aymara, Uros und Mestizen aus Puno. ©Vera Lentz



*Graffiti in Huamanga/Ayacucho: "so viele Tote machen wütend" Foto: facebook/Cesar Bazan*

#### **4. Menschenrechte, Demokratie und politische Krise in Peru**

Menschenrechte werden verletzt, die Demokratie ausgehebelt. Weder Präsidentin noch Abgeordnete scheinen ein Interesse zu haben, die Krise zu lösen.

Ich beginne diesen Artikel mit zwei Kunstwerken. Das erste ist ein Lied, das die Demokratie, die wir in Peru haben, direkt in Frage stellt. Das Lied wurde in Puno verbreitet, und es sagt: "Diese Demokratie ist keine Demokratie mehr" (siehe [Video](#)). Zweitens wurde Mitte Dezember letzten Jahres Graffiti auf dem Hauptplatz von Huamanga angebracht. Eines davon lautete: "Wenn man sieht, wie viele Tote es gibt, wird man wütend" (siehe [Foto](#)).

Beide Werke entstanden nach den jeweiligen Massakern. Nach dem verfassungsmässigen Amtsantritt von Präsidentin Dina Boluarte mit Unterstützung des Kongresses begannen Proteste im andinen Süden des Landes. Das Epizentrum war Andahuaylas. Die Regierung schickte Polizei und Militär. Das erste Massaker, wie die Demonstranten die gewaltsame Niederschlagung der Proteste mit Todesfolge nennen, fand in Andahuaylas und Chincheros, Apurímac, statt. Das zweite fand in Ayacucho und das dritte in Juliaca statt. Der peruanische Schriftsteller Manuel Scorza schrieb im Jahr 1977 in seinem Roman "El Cantar de Agapito Robles": "In den Anden folgen die Massaker

im Rhythmus der Jahreszeiten aufeinander. Auf der Welt gibt es vier, in den Anden fünf: Frühling, Sommer, Herbst, Winter und Massaker“. Die Massaker in den Anden haben mit Rassismus zu tun, denn in dem kolonialen System, in dem wir immer noch leben, wird davon ausgegangen, dass das menschliche Leben der indigenen Andenbewohner von geringerem Wert ist. In Lima wurde bei einem gewaltsamen Polizeieinsatz eine Person getötet.

In den zwei Monaten, die die Regierung Boluarte im Amt ist, hat die Demokratie in Peru 60 Tote und 1300 Verletzte als direkte Folge der politischen Krise zu beklagen (Bericht des Büros des Ombudsmanns, 16. Februar 2023). Die Demonstranten gehen davon aus, dass diese Demokratie keine echte Demokratie mehr ist und machen den Präsidenten direkt für die Ermordeten verantwortlich. Im Lied aus Puno heisst es weiterhin: “Dina, Mörderin, das Volk lehnt dich ab”.

Die Demonstranten fordern zu Recht, dass die Verantwortlichen für die Ermordeten bestraft werden.. Kürzlich haben drei Menschenrechtsorganisationen, das Instituto de Defensa Legal, Aprodeh und Paz y Esperanza, Strafanzeige wegen des Massakers von Apurímac erstattet. Sie begründen dies mit dem Missbrauch von Polizeigewalt und der Duldung der Befehlskette, die bis hinauf zum Präsidenten reicht (siehe [Presseerklärung](#)).

Die Polizei- und Militäraktionen haben nicht nur Tote und Verletzte gefordert, sondern auch die Demonstranten kriminalisiert. Mehrere von ihnen wurden verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt. Eine Frau aus Apurímac wurde zu drei Jahren Untersuchungshaft verurteilt, weil sie die Buchhaltung einer Gruppe von Demonstranten geführt hat. Ihr wurde vorgeworfen, einer kriminellen Organisation anzugehören. Bei dem Polizeieinsatz an der Universidad Nacional Mayor de San Marcos brach die Polizei die Eingangstür mit einem Panzer auf und nahm 200 Personen fest, die Stunden später wieder freigelassen wurden.

### **Der Rücktritt von Dina Boluarte und die Forderung nach allgemeinen Neuwahlen**

Die Forderungen der Demonstranten sind vielfältig. Die Hauptforderungen sind jedoch immer dieselben: Rücktritt der Präsidentin, die Forderung nach allgemeinen Neuwahlen (also Präsident und Kongress) und Gerechtigkeit für die Verletzten und Toten. Umfragen zeigen, dass 76 % der Bevölkerung den Rücktritt der Präsidentin und die Ausrufung von Neuwahlen fordern (Ipsos-Apoyo Februar 2023). 70 % wollen, dass diese Wahlen noch in diesem Jahr abgehalten werden.

Die Präsidentin hat jedoch wiederholt erklärt, dass ihr Rücktritt keine Lösung sei. Deshalb würde sie nicht zurücktreten. Das Parlament seinerseits lehnt vorgezogene Wahlen ab. Mehrere Gesetzesentwürfe zur Vorverlegung der Wahlen wurden abgelehnt. Die Vorverlegung der Wahlen ist rechtlich problematisch: Die Verfassung muss geändert werden, um das Mandat des Kongresses und der Exekutive zu verkürzen. Diese Sperrklausel kann aufgehoben werden, wenn das Parlament in zwei Legislaturperioden dem Vorstoß zustimmt. Wenn der Kongress dem nicht zustimmt, bleiben Präsidentin und Abgeordnete bis Juli 2026 im Amt.

Die Trägheit der Kongressabgeordneten und der Präsidentin ist überwältigend. Es liegt in ihren Händen, die gegenwärtige Krise zu beenden, aber das wird nicht getan. Im Gegenteil, die Krise wird vom Kongress weiter angeheizt. Mehrere Parlamentarier haben behauptet, die Demonstranten seien Kriminelle und haben sie sogar als Terroristen bezeichnet.

### **Gibt es bald einen Ausweg aus der Krise?**

Während ich diese Zeilen schreibe, ist der Protest in eine angespannte Ruhephase eingetreten. Nach dem großen Streik am Donnerstag, den 09. Februar, legen die Demonstranten eine Pause ein. Dies ist die zweite Pause dieser Art. Die erste war über Weihnachten und Neujahr. In den sozialen Netzwerken rufen sie bereits zu den nächsten Demonstrationen auf.

Auch wenn die Absetzung von Dina Boluarte und des Kongresses die Spannungen verringern und eine Gelegenheit zur Wiederaufnahme des Dialogs eröffnen würde: Sicher ist, dass die politischen Parteien, die bei den nächsten Wahlen antreten würden, den jetzigen sehr ähnlich sind. Ohne eine Wahlreform und ohne eine Änderung der Regeln für die Kontrolle zwischen den drei Gewalten, besteht die Gefahr, dass sich die Krise in einigen Monaten oder vielleicht Jahren wiederholt.

Debattiert wird auch über eine Verfassungsreform. Tatsächlich sprechen sich 69 % für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung aus (IEP, Januar 2023). Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung war ein Wahlversprechen von Pedro Castillo und Dina Boluarte im Jahr 2021. Während Castillo Präsident war, gelang es ihm nicht, die Debatte voranzutreiben. Die Proteste haben das Interesse der Bevölkerung an einer verfassungsgebenden Versammlung verstärkt.

*César Bazán Seminario*

## 5. Fotogalerie: Puno und Juliaca protestiert

Ex-Präsident Pedro Castillo hatte in der südlichen Andenregion Puno besonders viele Wählerstimmen erhalten. Nach seiner Ankündigung des Putsches und der nachfolgenden Absetzung durch den Kongress am 7. Dezember 2022 gingen die Menschen in Juliaca und Puno deshalb massiv auf die Strasse. Als die Proteste nach einer Feuerpause über Weihnachten und Neujahr erneut aufgenommen wurden, kam es zum "Massaker von Juliaca": am 9. Januar 2023 wurden 17 Demonstranten erschossen - vermutlich von der Polizei, als diese die Besetzung des Flughafens von Juliaca durch einige Demonstranten verhindern wollten. Laut eines [Berichtes von Amnesty International](#) hat die Polizei scharfe Munition benutzt und ohne zwischen Gewalttätern und friedlichen Demonstranten zu unterscheiden, in die Menge geschossen.

Seit dem 9. Januar ist Puno durchgehend im Streik: Strassen sind blockiert, Geschäfte geschlossen. Viele Abordnungen aus den Dörfern und Märkten Punos sind zum Protestieren nach Lima gekommen. Erst Mitte Februar werden die Streikmethoden etwas gelockert: Verkehr und Handel ist wieder eingeschränkt möglich.

Die Bevölkerung von Puno und Juliaca fordert, dass Präsidentin Dina Boluarte Verantwortung übernimmt für die von der Polizei Ermordeten.

Yda Ponce hat für die Infostelle Peru sowohl Proteste in Puno als auch den Gedenktag für die Ermordeten in Juliaca mit ihrer Kamera dokumentiert.



*Gedenktag für die Ermordeten von Juliaca am 9. Februar. Die Menschen fordern den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte, die für die Toten verantwortlich gemacht wird. ©Yda Ponce*



Ganz Juliaca ist am 9. Februar zum Protestieren und Gedenken ihrer Ermordeten auf der Strasse. Einen Monat zuvor wurden hier 17 Menschen, vermutlich von der Polizei erschossen. ©Yda Ponce



Die Sikuri mit ihren Trommeln und Flöten sind immer dabei bei den Protesten in Puno und Juliaca. ©Yda Ponce



Frauen in Juliaca protestieren gegen die Präsidentin und für Neuwahlen. ©Yda Ponce



Juliaca gedenkt der am 9. Januar vermutlich von der Polizei Ermordeten. Fast alle waren junge Männer und Jugendliche, einige waren zufällig in der Menge. ©Yda Ponce



Frauen von den Uros-Inseln demonstrieren in Puno. In den Händen das Schilf, aus dem ihre Inseln gebaut sind. Die Uros-Inseln sind ein beliebtes Touristenziel in Puno. Die Bewohner protestierten, obwohl sie dadurch kein Einkommen durch den Tourismus mehr hatten. ©Yda Ponce



Demonstrierende Aymara-Frau mit der peruanischen Flagge. Besonders empört hat die Menschen in Puno, dass Präsidentin Dina Boluarte bei einer Pressekonferenz sagte, dass Puno nicht Peru sei. Dies haben viele verstanden, dass die Menschen in Puno nicht zu Peru gehören würden. ©Yda Ponce



Auch die Bewohner der Touristen-Insel Taquile verzichten auf die Einnahmen aus dem Tourismus und kommen zum Protestieren nach Puno. ©Yda Ponce



Demonstranten verbrennen auf dem Hauptplatz von Puno Fotos von Dina Boluarte. ©Yda Ponce

## 6. Proteste in Peru: vier Einblicke in den Alltag

Vier Personen aus Lima, Juliaca, Pucallpa y Chala erzählen, wie sie die Proteste erlebt haben.

### Hubschrauber über Juliaca

Als peruanisch-schweizerische Familie leben wir im turbulenten Juliaca, seit einem Monat ist schon alles blockiert. Wir leben in einem Aussenquartier, dort ist es ganz ruhig, da es keinen öffentlichen Verkehr mit Bussen und Mototaxis gibt. In die Stadt haben wir zu Fuss 15 Minuten und man kann sich gut und sicher bewegen. Es hat ganz vielen Demonstranten, jedoch hatte oder habe ich nie Angst verspürt vor ihnen.

Mit dem Motorrad kamen wir trotz Blockaden auch auf unseren 20 km entfernten Bauernhof, um Lebensmittel zu bringen. Zwar musste mein Mann 30 Minuten lang bei den Streikposten mitmachen, bevor er weiterfahren durfte. Vorsicht beim Fahren war auch angesagt, wegen der Steine und Scherben auf der Strasse.

Vor der Polizei habe ich mehr Angst, die geben uns ja auch in Nicht-Krisenzeiten keine Sicherheit. Am 9. Januar hatte ich Angst: viele Demonstranten aus den umliegenden Städten kamen in die Stadt und nachmittags hörte man Hubschrauber, die über die Stadt kreisten. Ich rief meine beiden Jungs an, die am Basketball spielen waren, sie sollten sofort nach Hause kommen. Und dann erreichten uns auch schon die ersten Informationen, dass auf die Demonstranten geschossen wurde und es Tote gab. Meine Freundin Maria wohnt in der Nähe des Flughafens und sie hörte Schüsse in ihrem Viertel. Die Schüsse, sagt sie, seien aus dem Hubschrauber abgegeben worden. Nachbarn von ihr, die nicht an der Demo, sondern daheim waren, wurden angeschossen. In den 20 Jahren, die ich hier lebe, habe ich noch nie einen Hubschrauber über der Stadt fliegen gesehen. Die ganze Woche hörte man dann immer wieder Hubschraubergeräusche, was ein ungutes und unsicheres Gefühl aufkommen liess. Auch sind wir als Familie sehr angespannt, wir haben Angst, uns öffentlich zu der Situation zu äussern. Dass alle Geschäfte geschlossen sind bei einem Streik ist ja nichts Neues und kommt bei uns oft vor. An Streiks mit geschlossenen Geschäften sind wir gewohnt. Man bekommt dennoch frisches Gemüse, Früchte und alle anderen Lebensmittel. Aber nun ist das Gas ausgegangen und es kommt kein Neues und man kann kein Geld an den Banken abheben.

*Franziska Schilliger Almonte, Juliaca, 3. Februar 2023*

### Solidarisch sein in Lima

Als junge Frau, Anthropologin und Tochter von Migranten, habe ich ein komplexes Peru erlebt. Seit meiner Kindheit hatte ich das Privileg, zwischen den sehr ungleichen Teilen von Lima und in die verschiedenen Provinzen reisen zu können.

Mir ist bewusst geworden, wie viele Gegensätze es in diesem Land gibt. Es hat die schönsten Landschaften, eine große kulturelle Vielfalt, viele kreative Menschen, eine große Vielfalt an Flora und Fauna und ist reich an natürlichen Ressourcen. Aber es ist auch ein zentralistisches Land. Und aktuell ist Peru weltweit an vierter Stelle, was die Ungleichheit angeht. Es ist ein Land mit einer skandalös hohen Zahl an Korruptionsfällen. Fast alle Präsidenten der letzten 20 Jahre sitzen im Gefängnis oder in Gerichtsverfahren. Es ist ein kolonialisiertes Land, das es noch nicht geschafft hat, wirklich frei zu sein.

Obwohl ich mit all diesen Problemen aufgewachsen bin, habe ich Angst vor der großen politischen und sozialen Instabilität, in der wir uns jetzt befinden. Seit dem 7. Dezember vergeht bei mir zu Hause kein Tag und kein Augenblick, an dem wir nicht über Politik nachdenken und darüber, was und wie wir unterstützen könnten.

Mein Leben ist intensiver geworden, ich war Zeugin und Teil des großen Netzwerks der Solidarität, das sich national und international gebildet hat. Dieser Erfahrungsbericht hier ist ein Beweis dafür. Die Umarmungen von Mitstreitenden geben mir Energie, jeder Abschied mit einem aufrichtigen "Pass bitte auf dich auf" ist ein Akt des Glaubens und des Gebets. Wir wissen nicht, ob an diesem Tag alle in ihre Häuser oder Unterkünfte zurückkehren werden, denn es gibt immer mehr willkürliche Verhaftungen und die Repressionen werden immer brutaler.

Obwohl mein Leben vor diesem Zersetzungsprozess sehr nah an der Realität war, wenn auch nicht direkt an der Politik, mache ich jetzt neue, unterschiedliche Erfahrungen, die ich aus Sicherheitsgründen nicht näher beschreiben kann, da für die Nationalpolizei PNP alles Terrorismus ist, selbst die Abgabe von Lebensmitteln an die Menschen auf den Plätzen im Stadtzentrum. Es ist eine große Lernerfahrung, begleitet von verschiedenen Gefühlen und Emotionen: Furcht, Angst, Traurigkeit, Wut, aber auch Freude, Liebe, Hoffnung und Dankbarkeit. Manchmal auch alle zusammen oder unmittelbar nacheinander.

Und obwohl dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, kann ich schon jetzt sagen, dass ich unglaublich viel gelernt habe, Freundschaften geschlossen und die Zuversicht gewonnen habe, dass die Gesellschaft keine verwestlichte Bildung braucht, um zu erkennen, dass die Dinge falsch laufen. Vor allem aber habe ich das Vertrauen, dass wir mit Einigkeit und Organisation Veränderungen bewirken können.

*Barbara Alagón, Lima*

**Ich weine und bete**

Wie fühle ich mich in diesen Tagen der Wut in Lima und im ganzen Land?

Ich weine wie eine Mutter weint um ihre Kinder, die sich gegenseitig umbringen.

Da ist Abel, der Bauer, der protestiert gegen die Exklusion, die er seit Jahrzehnten erfährt. Er wirft Steine gegen seinen Bruder Kain, den Händler und Polizisten. Und der antwortet ihm mit Gewalt und Kugeln.

Das Blut beider Söhne schreit zum Himmel und die Geier der Politiker fressen ihr Fleisch.

Ich bin gelähmt und stumm. Ich möchte beiden helfen, mich in die Mitte werfen, besser sie bringen mich um.

Jedes Wort, das ich schreien will, wird falsch verstanden noch bevor es meinen Mund verlässt. "Terrorist" sagen mir die einen. "Feigling" die anderen.

Ich schlucke meine Worte hinunter, das Schluchzen ebenso. Beide verwandeln sich in Tauben, die zum Himmel aufsteigen.

Jungfrau Maria, die du deinen toten Sohn beweint hast, tot in deinen Armen, herabgenommen vom Kreuz.

Gib mir Deine Kraft, um nicht verrückt oder hoffnungslos zu werden.

Gib mir Hoffnung und Kraft, dem Brudermord etwas entgegenzuhalten. Wie sehr wünsche ich, dass meine verfeindeten Kinder wieder zu Brüdern werden.

Vergib ihnen, Herr, denn sie wissen nicht, was sie tun.

*Reinhold Nann, katholischer Bischof von Caraveli*

*(Original [in spanischer Sprache](#) vom 21. Januar 2023, übersetzt von H. Willer)*

**Blockierte Strasse nach Pucallpa**

Ich wohne in Pucallpa, gehöre dem Volk der Shipibo an und habe eine kleine Werkstatt für Schmuckdesign. Ich gebe mehreren Shipibo-Frauen in verschiedenen Dörfern Arbeit, die für mich Schmuck herstellen.

Als die Streiks begannen und die Strasse nach Lima von den Demonstranten blockiert wurde, war dies sehr traurig für uns. Denn wir leben davon, dass wir unseren Schmuck an die Touristen verkaufen, und nun war die Strasse blockiert und wir hatten kein Einkommen mehr.

Es gab auch bald weniger zu kaufen, denn auch bestimmte Lebensmittel kamen nicht nach Pucallpa. Und das Gas zum Kochen ging uns aus.

In Pucallpa gab es einige friedliche Demos, für eine neue Verfassung, das finde ich auch richtig. Denn die internationalen Holzfirmen wollen unser Land und den Wald an sich reißen. Ich finde auch, dass Präsidentin Boluarte zurücktreten sollte. Die Vereinigung der Shipibo in Ucayali hatte mit zur Demo aufgerufen, aber ich konnte nicht hingehen, weil ich viel Arbeit hatte.

Aber ich unterstütze die Strassensperren nicht, die schaden nur uns kleinen Händlerinnen.

*Adelina Maldonado, Pucallpa*

## 7. Susana Baca klagt an

**Die bekannte peruanische Sängerin Susana Baca hat sich mit einer aufwühlenden Anklagerede per [Video](#) an die peruanische Präsidentin gewandt.**

*Deutsche Übersetzung des Textes:*

Ich richte mich an Sie, die politische Rechte, die Sie vom Kongress aus meinem Land Gewalt angetan und den an den Wahlurnen der Demokratie zum Ausdruck gebrachten Willen missachtet haben. Eine Demokratie, die scheinbar nur dann eine sein darf, wenn sie Ihnen nützt.

Ich wende mich an Sie, der Du Misstrauen erzeugt haben.

Jetzt wollen Sie gewaltsam einen Staat errichten, der seinem Volk fremd ist, das Gerechtigkeit und eine andere Lebensweise fordert.

Ich spreche zu Ihnen, die die Geschichte nicht kennen und nur Ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen.

Zu Ihnen, die von Indios und nicht von Menschen sprechen.

Zu Ihnen, die von Machu Picchu profitieren, aber dessen vergessene Nachkommen ignorieren.

Passen Sie auf, denn dieses zurückgelassene und geschändete Land, wie das Gedicht von Alejandro Romualdo erzählt, wird seine Tränen von Ihnen einfordern. Es wird die 50 Toten von heute und die Tausenden von Toten unserer Geschichte einfordern.

Vorsicht, Militär- oder Polizeibeamter, der die Demütigung nicht kennt, einem unrechtmäßigen Befehl nicht Folge zu leisten, weil Sie von dem Gehalt leben, das der Staat Ihnen zahlt.

Sie scheinen die Grundlagen unserer Verfassung nicht zu kennen.

Der Schutz der Menschen und die Achtung ihrer Würde sind das oberste Ziel der Gesellschaft und des Staates.

Und an Sie, Vandale und Unmensch, Rumtreiber oder Infiltrator, diese Worte sind auch für Sie. Auch für Sie, denn in Ihren Händen liegen viele Tränen unserer Brüder und Schwestern.

Sie, Wecker der Wut auf den Unterdrücker, der sogar verhindert, dass diesen unglücklichen Kindern, die Ihre Nachbarn, Ihr Volk sind, wenigstens etwas von dem wenigen Brot bleibt.

Und Ihnen, Dina Boluarte, habe ich geglaubt, weil Sie eine Frau und eine Mutter sind.

Sie sollten wegen Ihrer Machtbesessenheit und Repression statt der Verteidigung der Demokratie disqualifiziert werden.

An Ihnen und Ihren Ministern kleben nun diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sich in Ihrem Rassismus widerspiegeln.

An Ihnen, die Sie sich auf einen delegitimierten Kongress verlassen, der niemanden mehr vertritt.

Es ist vielmehr ein Kreis von Profiteuren und Verrätern, die durch ihren Sitz im Parlament geschützt werden, den sie aufgeben sollten, wenn sie noch etwas Moral besitzen.

Mein Lied ist für die Männer und Frauen, die nicht auf die Straße gehen können, um das Leben und die Liebe zu suchen.

Ich verdanke meinem Volk meine Kunst. Es muss klar sein, dass wir, die wir aufstehen, wissen, dass Ihr unseren Brüdern und Schwestern das Leben genommen habt. Dafür werdet Ihr nicht unbestraft bleiben.

*(Übersetzung: Leon Meyer zu Ermgassen)*



*Die Sangerin Susana Baca ©Andina/Luis Iparraguirre*

### **Spanisches Original:**

A usted de la derecha política me dirijo esta vez

A usted que desde el congreso violentó a mi país

Desconociendo su voluntad ya expresada en las urnas de una democracia

Que parecía que es democracia solo si a usted le sirve.

Me dirijo a usted que generó la desconfianza

Y ahora quieren poner por la fuerza un estado ajeno a un pueblo que reclama otra forma de justicia y de vivir

A usted si le hablo a usted que desconoce la historia y solo quieren poner sus intereses.

A usted que habla de indios y no de seres humanos

A usted que se llena la boca mostrando Machu Picchu y desconoce a sus descendientes arrinconados

Cuidado, señor, que ese país abandonado y violentado, como dice el poema de Alejandro Romualdo, le cobrará sus lágrimas, le cobrará los 50 muertos de hoy, y los miles de muertos de nuestra historia

Cuidado, señor militar o policía

Usted que desconoce la obligación de no acatar si es una orden ilícita y porque además usted vive del salario que le da el Estado

Aquel que pareciera desconocer en lo elemental que nuestra constitución.

La defensa de la persona humana y el respeto de su dignidad, que son el fin supremo de la sociedad y del Estado.

Y a usted, vandálico y inhumano, callejero o infiltrado, para usted también están estas palabras.

A usted también, porque en sus manos están muchas de las lágrimas de nuestros hermanos.

A usted, a azuzador de la bronca que se amolda el opresor y finalmente entorpece que llegue el poco pan que les queda a esos niños sin suerte que son sus vecinos y su pueblo.

Y a usted, Dina Boluarte, te creí en usted por ser mujer y madre

Pero que sea descalificada por su ceguera del poder y dictaminar la represión

No la defensa de la democracia

En usted y sus ministros están ahora estos crímenes de lesa humanidad, ejecutados con su vende y su racismo

En Usted que se apoya en un congreso deslegitimado, que ya no representa a nadie

Que es más bien y mayoritariamente solo un círculo de vividores y traidores amparados en una curul que deberían irse si les queda algo de moral.

Entonces, por esos hombres y mujeres que no podrán salir a buscar la vida y el amor está mi canto.

Yo le debo a mi arte al pueblo y que quede claro que los que quedamos en pie sabemos que Ustedes les quitaron la vida y no quedarán impunes.



*Immer wieder spült das Meer neuen Erdölschaum an den Strand. ©Luisenrique Becerra*

## 8. Schwarzes Gift – Problematische Erdölproduktion in Peru

Die Erdölproduktion Perus ist im Vergleich zu anderen Ländern zwar eher gering. Für die von den zahlreichen Erdölaustritten betroffenen Menschen, Pflanzen und Tiere sind diese jedoch jedes Mal katastrophal.

### Ölpest vor der Küste Limas

Am 15.1.2022 gab es an der peruanischen Küste eine große Ölpest. An der Pazifikküste im Landkreis Ventanilla flossen damals beim Umfüllen von Öl aus einem Tanker in die Raffinerie 10.366 Barrel Erdöl (ca.1.650 Millionen Liter) aus. Verantwortlich war das spanische Erdölunternehmen Repsol. 48 Strände oberhalb der Hauptstadt Lima und der Hafenstadt Callao wurden verseucht. Diese Katastrophe bedrohte über 10.000 Menschen existentiell. Die Firma betont, dass alles wieder in Ordnung gebracht wurde. Das stimmt nicht. Von den ausgetretenen über 10.000 Barrel wurden wohl nur 2.500 Barrel abgesaugt bzw. eingesammelt. Der Präsident der örtlichen Fischervereinigung klagt, dass beim Umdrehen der Steine immer noch Ölreste zu sehen seien, es rieche nach Öl. Er klagt: „Wer will hier Tourismus machen, wer will denn Fische mit Erdöl kaufen?“<sup>[1]</sup>

Repsol seinerseits bezieht sich bei der Aussage „Alles ist wieder sauber“ auf eine Studie der auf Umweltfragen spezialisierten Firma Environmental Resource Management[2], die erklärte, dass Flora und Fauna in der von der Ölpest betroffenen Region ohne Erdölrückstände sind.

Die staatliche Umweltüberwachungsbehörde OEFA (Organismo de Evaluación y Fiscalización Ambiental) ordnete gegen Repsol neben der Behebung der Schäden ein Bußgeld in Höhe von 5 Millionen Soles (über 1,5 Millionen Euro) an. Dagegen hat die Firma Widerspruch erhoben.[3]

Insgesamt liegen gegen Repsol Bußgeldbescheide in Höhe von ca. 70 Millionen Soles vor. Diese Bußgelder wurden hauptsächlich wegen Erdölaustritten im amazonischen Regenwald verhängt, wo Repsol sehr aktiv ist.[4]

### **Erdölförderung im amazonischen Regenwald**

Während der Unfall in Ventanilla große, auch internationale Aufmerksamkeit erhielt, interessiert sich für die zahlreichen Erdölunglücke im Amazonasgebiet kaum jemand.

Weit über 50% des peruanischen Regenwaldes sind konzessioniert. Wenn Erdöl gefunden wird und die Produktion für die Firmen „rentabel“ ist, kann dort mit der Förderung begonnen werden.

Die Förderregionen werden in sogenannte „lotes“ (Lose) aufgeteilt, die oft sehr groß sind und Territorien verschiedener indigener Völker betreffen. Das Los Nr. 192 gefährdet seit Jahrzehnten Umwelt und Gesundheit von den indigenen Völkern der Quechua, Achuar de Pastaza, Kichwa del Tigre, Urania und Andoras. Das im amazonischen Regenwald geförderte Erdöl muss über zum Teil tausende von Kilometern über die Anden an die Küste gepumpt werden. Das ist eine sehr große Gefahrenquelle. In den Jahren 2000 bis 2019 gab es allein im nördlichen amazonischen Fördergebiet über 10.000 Erdölaustritt, die Bäche und Felder verseuchten. Die stinkende, giftige Brühe breitete sich bis in die Siedlungen aus. Sie bedroht nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern immer auch die Menschen. Besonders die Kinder erleiden lebensgefährliche Durchfälle und Erbrechen. Auch Erwachsene wie Rosa Macusi (37 Jahre) und Miguel Vela (25) aus dem Dorf Nuevo Peru starben an den Folgen des Durchfalls.[5]

Die Verseuchung von Bächen und Flüssen verstößt gegen das Menschenrecht auf Wasser, von den Vereinten Nationen am 28.10.2018 beschlossen. In Peru gibt es das Gesetz Nr. 50588 aus 2017, in dem der Zugang zu sauberem Wasser gesichert wird. Für indigene Völker haben Wasser und Flüsse eine besondere Bedeutung. Das Wasser, die Luft, das Land – alles hat eine Seele. Die Natur ist eine lebende Einheit.



Auch in Lima protestierten Aktivisten am 4. Februar gegen den spanischen Erdölkonzern Repsol. ©Hildegard Willer

### Immer wieder tritt Erdöl aus

Von den 55 indigenen Völkern der peruanischen Amazonasregion erlitten 41 Probleme durch die Erdölausbeutung. Abgesehen von den gesundheitlichen Problemen verlieren sie zum Beispiel das Recht, die eigenen Vorstellungen von „Entwicklung“ zu bestimmen, werden vertrieben oder die biologische Vielfalt und ihre Nahrungsmittel gehen verloren.

Die peruanische Nichtregierungsorganisation CAAAP (Centro Amazónico de Antropología y Aplicación Práctica) berichtet, dass in der Region, die zum Los 192 (Region Loreto) gehört, in der Zeit von 1998 bis 2020 181 Erdölaustritte aus der Pipeline stattfanden. Dadurch wurden 670 Flächen im Regenwald verseucht.[\[6\]](#)

Probleme gibt es schon bei den Bodenuntersuchungen, dann bei der darauffolgenden Förderung und schließlich gibt es die Lecks in den Pipelines, die 50 Jahre alt ist. Gründe für die Lecks sind Korrosion, schlechte Wartung und auch Sabotage-Aktionen. Experten geben an, dass solche Aktionen zumeist von gut ausgerüsteten „Handwerkern“ verübt werden, die sich dann einen Auftrag zur teuren Reparatur erhoffen. Ein Beispiel ist die Klage der damaligen Abgeordneten Maria Elena Forondo im Jahr 2018. Ehemalige Führungskräfte des staatlichen Erdölunternehmens Petroperú haben kurz nach ihrem Ausscheiden aus dem Konzern Firmen zur

Schadensbekämpfung bei Erdölaustritten gegründet. Mit diesen erzielten sie schnell Einnahmen von 12,5 Millionen Euro für geleistete Arbeiten bei der Beseitigung von Ölaustritten.[\[7\]](#)

Besonders schlimm traf es die Dorfgemeinschaft San Pedro im Distrikt Uranias in der amazonischen Region Loreto. Seit 2014 gelangte fünfmal Erdöl auf ihr Land und in ihre Bäche. Die giftige Brühe floss weiter in den Fluss Chambira, dessen Wasser über den Marañonfluss in den Amazonasstrom fließt.[\[8\]](#)

Betroffen von den aktuellen Protesten gegen die peruanische Regierung im Januar 2023 ist auch der Distrikt Santa Maria de Nieva in der Region Amazonas. Hier sind 17 indigene Dorfgemeinschaften von einem Erdölaustritt, 500 Meter von der Straße zwischen Putuyakat-Panntam entfernt, betroffen. Petroperú erklärte, dass sie wegen der Proteste nicht in diese Gegend fahren könne. Die Selbstverwaltung der indigenen Awajún ruft speziell die dortigen nicht-indigenen Siedlungen auf, die Kontrolldelegation ohne Probleme in die Region reisen zu lassen.[\[9\]](#)

Um welche Dimensionen es geht, zeigt das Los 200. Es handelt sich um eine Fläche von 447.126 Hektar Regenwald in den Regionen Ucayali und Huánuco. Die spanische Firma Compañía Española de Petróleos beantragte 2012 durch ihre peruanische Filiale CEPSA Peruana SAC die Genehmigung für Erdölbohrungen. Sie erhielt die Konzession bis zum Jahr 2018. Die gesetzlich vorgeschriebene Vorab-Konsultation wollte das zuständige Ministerium mit unerlaubten Tricks (Einladung von fremden Personen etc.) durchführen. Die indigenen Organisationen der Shipibos, Awajún und Ashéninka wehrten sich. Im April 2022 warf die spanische Firma das Handtuch, genervt durch den Widerstand der indigenen Organisationen. Diese wurden von der peruanischen Menschenrechtsorganisation IDL unterstützt. Deren Rechtsanwalt Álvaro Márquez betonte, dass die peruanische Regierung jetzt nicht einfach so dieses Los ausschreiben könne, sondern, wie vorgeschrieben, im Vorfeld die Vorab-Konsultation durchführen müsse.[\[10\]](#)

### **Erdölförderung ist für die „nicht-kontaktierten“ Indigenen tödlich**

Der englisch-französische Erdölkonzern Perenco will im Gebiet der indigenen Völker, die in freiwilliger Isolation leben, Erdöl fördern. Er ist schon in der Region Loreto (Lose 67 und 39) tätig. Konkret geht es um die indigenen Schutzgebiete der indigenen Völkern Aewa, Taushiro, Taggeri, Taromenane und Záparo Napo-Tigre.

Die peruanische Regierung verbot zunächst dieses Projekt. Die zuständige Regionalregierung Loretos agiert auch in diesem Fall im Sinne der Erdölfirma. Die peruanische Koordination der indigenen Völker Perus (AIDSESEP) forderte auch hier, zusammen mit der regionalen indigenen Organisation ORPIO (Organización de Pueblos Indígenas del Oriente), Regierung und Unternehmen auf, alle Vorhaben zu unterlassen, die die Zukunft der indigenen Völker gefährden.[\[11\]](#)

Das ist sehr dringend, weil im Parlament gerade ein Gesetzesentwurf diskutiert wird, der das Leben der indigenen Völker noch mehr gefährden würde. Die ohnehin laschen Umweltvorschriften sollen noch weiter gelockert werden.

Ein vorläufiger Erfolg ist, dass Perenco seinen Einspruch gegen das Produktionsverbot in der Reserva Nativa Napo-Tigre zurückzog.[\[12\]](#)

### **Fracking – im amazonischen Regenwald nichts Neues**

Erdöl- und Erdgasförderung durch Fracking wird in verschiedenen Regionen an den Flüssen Amazonas, Marañon und Ucayali sowie an der nördlichen Küste praktiziert. Das Verfahren wurde in der Fachzeitschrift Adentro der peruanischen Vereinigung für Bergbau, Erdöl und Energie als sehr positiv und ungefährlich beschrieben (Nr. 144, 2015). Damit würden viele Projekte ermöglicht, die sonst nicht ergiebig genug oder nicht möglich gewesen wären. Unschädlich ist Fracking nicht, weder im Regenwald noch in moderneren Anlagen in den USA. In Peru kommt es seit über 40 Jahren zu Austritten von Blei, Chrom und anderen chemischen Stoffen. Laut Berichten sind es 650 chemische Stoffe, die mit dem giftigen Abwasser in die Flüsse und Bäche geleitet werden.[\[13\]](#)

### **Indigene wehren sich, natürlich**

Die Auseinandersetzungen indigener Organisationen mit diesen Risiken sind sehr zahlreich: Gerichtsprozesse, Blockade von Flüssen, um die Transporte von Materialien zu unterbinden oder Besetzungen von Förderanlagen oder Hubschrauberlandeplätzen. Während einer der Blockaden im Marañonfluss im Jahr 2022 gab es auch Blockadenbrecher. Eine war die Transportfirma Grupo Selva, die sich den Weg quasi freischoss.[\[14\]](#)

Die Gemeinden der Kichwa an der Grenze zu Ecuador beschlossen im Jahr 2022 keine Erdölproduktion in ihrem Gebiet des Loses 192 zuzulassen, bis der peruanische Staat die bereits gemeinsam beschlossenen Übereinkünfte erfüllt. Diese sind: Beseitigung der vielen Lecks und Erdölaustritte, der Bau von funktionierenden Gesundheitsposten und die Beendigung des Prozesses, den die Firma Repsol gegen 18 ihrer Dorfgemeinschaften wegen angeblicher Entführungen von Erdölarbeitern und illegalem Waffenbesitz führt. Im Fall einer Verurteilung müssten die Dorfmitglieder für 31 Jahre ins Gefängnis und an die Erdölfirma eine Entschädigung in Höhe von 130.000 Dollar zahlen.

In den Regionen der Lose 192 und Los 8, die im Besitz der niederländischen Firma Pluspetrol sind, wehren sich die indigenen Menschen, deren 100 Dorfgemeinschaften sich in der PUINAMUDT (Pueblos Indígenas Amazónicos Unidos en Defensa de sus Territorios)

zusammengeschlossen haben. Es kommt auch zu Abkommen zwischen indigenen Organisationen und der peruanischen Regierung. Eine solche unterzeichneten 500 indigene Dorfgemeinschaften innerhalb des Loses 192, damit eine Basis-Gesundheitsversorgung bereitgestellt wird und zumindest teilweise die durch die Erdöllecks entstandenen Krankheiten behandelt werden können. Im Juni 2022 erklärte der damalige Parlamentspräsident, dem Gesundheitsministerium würden keine Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Es gebe halt kein Geld dafür. [\[15\]](#)

### Firmenverantwortung

Von den vielen Erdölaustritten wurden in Peru bisher überhaupt nur 32 in die Liste „vorrangig zu entgiften“ aufgenommen. Wenn alle aufgenommen würden, müsste die verseuchte Erde dort abgetragen und allein im Gebiet des Loses 192 mit 25.000 Lastwagen neue Erde hinggebracht werden. So eine Maßnahme würde über 130 Millionen Euro kosten. Zum Vergleich: Die vom Erdölaustritt betroffene Region Loreto hätte im Laufe der Zeit über die Abgaben (canon minero) ca. 45 Millionen Euro erhalten. Und auch das wäre nur eine kosmetische Lösung, denn eine Wiederherstellung des Urzustands eines Regenwaldes mit hohem biologischem Reichtum ist nicht möglich.

Die Firma Petroperú hat 2020 ihre Produktion eingestellt und – deutlich gesagt – den Dreck liegen gelassen. [\[16\]](#)

### Lösungsansätze

Es gibt keine umweltschonende Erdölproduktion. Und natürlich trägt die Erdölgewinnung zur Klimakatastrophe bei.

Peruanische Umweltorganisationen und indigene Völker fordern:

1. Ein sofortiges Moratorium der Erdölproduktion. In dieser Zeit muss es eine konsequente Aufarbeitung der bisher entstandenen Schäden für Menschen und Umwelt geben.
2. Die indigenen Dorfgemeinschaften müssen vorrangig ihre kollektiven Landtitel bekommen. Für diesen Zweck haben internationale Organisationen wie auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit große Geldmittel zur Verfügung gestellt, mit sehr geringem Erfolg, weil die zuständigen Stellen in den Regionen ihre Arbeit nicht machen. Landtitel würden es den indigenen Dorfgemeinschaften ermöglichen, wenigstens an den vorgeschriebenen Vorab-Konsultationen (ILO-Konvention 169) auf Augenhöhe teilzunehmen. [\[17\]](#)
3. Die peruanische Regierung wie auch internationale Kooperationen im Bereich Klimaschutz/Klimagerechtigkeit müssen indigenen Dorfgemeinschaften und Organisationen – auch direkt und ohne das Verschwinden der Gelder in korrupte

Strukturen – die Möglichkeiten bieten, ihre eigene, wirklich waldschonende nachhaltige Ökonomie aufzubauen. So entkräften sie die Argumente der Erdölkonzerne, „Entwicklung“ zu bringen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Natürlich wäre auch in Peru, aber besonders im „Globalen Norden“ eine Umorientierung von Produktion und Konsum, weg von fossiler Energie, dringend notwendig. „Wir brauchen eine Rohstoffwende: Weniger verbrauchen, anders konsumieren und produzieren. Menschenrechte und Umweltschutz müssen gestärkt werden.“ (Südlink Januar 2023)

Heinz Schulze

Anmerkungen:

[1] A un año del derrame de Repsol, Ana Leyva, Alejandro Chirinos, Mario Zuniga, CooperAcción 2023,

[2] ERM ist eine große Firma, die auch Büros in Büros in München, Köln und Hamburg hat.

[3] Inforegion, Lima, 13.1.2023

[4] La República, Lima 16.1.2023

[5] La sombra del petróleo, <http://bitterly13answgLT> (95) und Servindi, 9.22.2022

[6] <https://derechoshumanos.pe>

[7] <https://www.servindi.org/26/05/2018>

[8] Observatorio Petrolero de Amazonía Norte in Servindi: 28.1.2021 und Servindi 6.4.22

[9] Servindi, 25.1.2023

[10] IDL in Servindi noticias, 4.4.2022

[11] AIDSESEP Lima, 7.11.2022

[12] Servindi, 3.9.2022 und Aidesep, Lima, 7.11.2022

[13] Foro Fracking retos y realidades, Junio

2019, <http://www.facebook.com/ingenieria/videos/22682765662>; <https://www.servindi.org/27/09/2022/desde-1954-se-practica-en-peru-el-fracturamiento-hidraulico-fracking>

[14] Servindi , 5. und 10.10.2022

[15] Servindi, 3.7.2022

[16] PUINAMUDT denuncia penalmente a Perupetro por derrames, [observatorio.petrolero.org](http://observatorio.petrolero.org). Abril 2022

[17] Servindi, 29.9.2022



*Nur eine Strasse und ein Zaun trennen das Land von Elena Alvarez Capa, 40, vom Tagebau Antapaccay im Hintergrund. Der Staub weht über die Weiden, auf denen sie ihre Schafe hält. "Die Wasserquellen sind versiegt, meine Tiere sterben ständig, und jetzt bin ich selbst krank... aber wenn wir uns beschweren, schickt uns das Unternehmen die Polizei, um uns zu schikanieren", fasst sie ihre Beschwerden zusammen. Vor kurzem hat ein Arzt bei ihr Leberkrebs diagnostiziert.  
©Jacob Balzani-Lööv*

## 9. Da wo das Kupfer herkommt

In Espinar, Cusco, betreibt Glencore seine Minen Antapaccay und (bald) Ccorohuayco. In Las Bambas in Apurimac baut die chinesische MMG im grossen Stil Kupfer ab. Dazwischen liegen 255 Kilometer Anden, traditionelles Quechua-Gemeinschaftsland und potentielles Kupferabbaugebiet, um das sich nun Dorfgemeinschaften, Bergbauunternehmen und der peruanische Staat streiten. Der Sozialanthropologe und Journalist Thomas Niederberger und der Fotograf Jacob Balzani-Lööv sind diesen „Bergbau-Korridor“ abgefahren.

Der Bergbaukorridor ist eine kurvenreiche Piste, die sich über 500 Kilometer durch die südperuanischen Regionen Apurimac, Cusco und Arequipa bis ans Meer schlängelt. Dabei durchquert die Strasse rund 200 Gemeinden von Quechua-sprachigen, indigenen Bergbauern. Immer mehr von ihnen haben es satt, zuzuschauen, wie die Bodenschätze ihrer Region an ihren ärmlichen Lehmhäusern vorbei abgeführt werden, während sie mit Armut, Umweltverschmutzung

und Wassermangel kämpfen. Um Verhandlungen zu erzwingen, blockieren sie immer wieder die Strasse.

Erster Stopp Espinar, eine Provinz von Cusco. Seit 40 Jahren wird hier schon Kupfer abgebaut. Die Mine gehört seit 2006 der schweizerischen Xstrata, heute Glencore. «Wenn wir weiter neben dieser Mine leben müssen, werden wir alle krank und sterben», sagt Genoveva Llabechilo, die mit einer Gruppe von Frauen auf der Zufahrt zur Mine Antapaccay sitzt. Mit Hüten und Sonnenschirmen schützen sie sich vor der gleissenden Sonne. Im Hintergrund haben sich Sicherheitsleute der Firma platziert. «Sollen sie halt weitermachen, aber wir wollen eine Entschädigung, damit wir woanders hinziehen können, wo wir unseren Frieden haben».



*Blockierte Lastwagen bei der Mine Antapaccay in Espinar, September 2022 ©Jacob Balzani-Lööv*

Vor 10 Jahren kam es in Espinar zu einem Aufstand gegen die Mine, seither gibt es immer wieder Proteste. Die elf Gemeinden im unmittelbaren Einflussbereich der Mine fordern Entschädigungen für Umweltschäden und ein wirksames Konsultationsverfahren für das Erweiterungsprojekt der Mine in Coroccohuayco, wo zurzeit Verhandlungen über den Landkauf laufen.

Llabechilo, die 54-jährige Vorsteherin eines Dorfes in der Nähe, weiss, dass es nicht realistisch ist, die Mine schliessen zu wollen. Zu viel Geld fliesst in die Staatskasse, zu viele Menschen in Espinar sind direkt oder indirekt von den Arbeitsstellen abhängig. Aber aufgeben sei keine Option, sagt sie, und zählt Verwandte und Bekannte auf, die dem Krebs erlegen sind.

Bis heute hat Espinar keine gesicherte Wasserversorgung. Die Bevölkerung ist mit bedrohlich hohen Arsen- und Schwermetallwerten belastet, wie zuletzt eine Studie von Amnesty International nachwies. Glencore macht dafür die natürliche Mineralisierung des Bodens in der Region verantwortlich. Eine Studie der staatlichen Umweltbehörde OEFA, die erstmals die Quelle der Schwermetallbelastung untersucht, ist gegenwärtig in Arbeit.

### **Eine Region wählt Castillo**

Einige Stunden Autofahrt im Norden, in der Provinz Chumbivilcas, liegt die Mine Constanca der kanadischen Firma Hudbay. Der angrenzende Distrikthauptort Chamaca feiert Jubiläum, doch die Stimmung auf dem Dorfplatz ist gereizt. «Rück den Traktor raus! Und den Zuchtstier!», ruft die Menge dem Bürgermeister auf dem Podest zu. Er habe eine Spende der Minenfirma an die Bauern veruntreut, so die Anschuldigung.

Wir treffen Timoteo Castañeda, 29, Anthropologe und Lokalpolitiker. Er berichtet von den Veränderungen, welche der Bergbau in der bäuerlich geprägten Region mit sich brachte. «Anfangs waren die Menschen einfach mit ein paar Geschenken zufriedenzustellen. Aber unterdessen haben sie verstanden, was für gewaltige Reichtümer aus unserer Erde geholt werden, und sie fordern ihren Anteil ein». Auch deshalb hätten manche in der Gegend angefangen, in handwerklichen Stollen selbst nach Kupfer zu graben.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2021 hatte Pedro Castillo in Chumbivilcas 96 Prozent der Stimmen abgeräumt. Die Hoffnung, dass mit dem einstigen Dorflehrer und Gewerkschaftsführer ein Wandel komme, sei gewaltig gewesen, erzählt Castañeda. Leider habe sich danach kaum etwas verbessert, doch viele würden die Schuld daran nicht Castillo geben, sondern der rechten Parlamentsmehrheit und den Wirtschaftsinteressen, welche ihn nicht hätten regieren lassen. «Zumindest lässt Castillo die Leute in Ruhe, wenn sie protestieren und die Strasse blockieren».

Die Kurven werden enger, die Hänge steiler. Dann, ein totes Schaf im Strassengraben. Es gehört Alejandrina Ccopa Huamaní. Die 50-Jährige ist aufgebracht. Es sei das sechste Schaf, das sie dieses Jahr wegen des Verkehrs verloren habe. «Nichts als Leid hat uns die Mine gebracht – Lärm, Staub, Vibrationen – die Häuser bekommen Risse und die Schafe sterben uns weg». Über 400 schwere Camions, beladen mit Kupfererz, rollen täglich mitten durchs Dorf. Entschädigungen bekämen sie keine.



*Es sei bereits das sechste Schaf, das dieses Jahr wegen des Verkehrs gestorben sei, beklagt Alejandrina Ccopa Huamani.  
©Jacob Balzani-Lööv*

Ein paar Dörfer weiter stauen sich die Lastwagen. Einige Männer stoppen den Verkehr, am Strassenrand eine Gruppe Frauen, die Poulets braten. Es ist keine eigentliche Strassenblockade, sondern ein Benefizfrühstück – wer ein Poulet kauft, kann weiterfahren. «Wir brauchen das Geld dringend, um eine schwerkranke Frau ins Spital zu bringen», erklärt Nieves Contreras, 32. Sie wollen, dass die Minenfirma auch für ihre Fahrer Poulets kauft.

Doch der eilig herbeigerufene Verhandler, der seinen Namen nicht nennen möchte, stellt sich quer. «Das würde ein schlechtes Beispiel abgeben», sagt er, «die Leute sollen sich an die offiziellen Stellen wenden.» Der Staat sei verantwortlich für die Gesundheitsversorgung, aber leider lasse er die Menschen im Stich. Zwei Polizisten schauen zu und verziehen sich nach einer Weile, die Strasse ist wieder freigegeben.



*Bäuerinnen in Huancuire an der Stelle, die dem neuen Tagebau weichen soll. ©Jacob Balzani-Lööv*

### **Von Bergbauern zu Aktionären?**

Nach 250 Kilometern erreichen wir den Anfang des Bergbaukorridors. Die Mine Las Bambas gehört zu den Top 10 der grössten Kupferminen weltweit und ist alleine für zwei Prozent der globalen Produktion verantwortlich. Doch die Tagebaugrube ist nahezu erschöpft. Die chinesische Eigentümerfirma MMG will deshalb zwei Milliarden Dollar für die Erweiterung investieren. Der Boden gehört ihr bereits, alle Bewilligungen sind erteilt, das Einzige, was ihr im Wege steht, sind die rund 400 Mitglieder der Gemeinde Huancuire.

Der Bergbauer Demetrio Ochoa bringt uns nach Chalcobamba, auf knapp 4700 Metern über Meer. Auf der einen Seite das riesige Rückhaltebecken, wo die giftige Schlacke abgelagert wird, die bei der Kupferextraktion zurückbleibt. Das ganze Tal ist darunter verschwunden. Auf der anderen Seite liegt ein hübsches Hochmoorgebiet mit grasenden Lamas. Darunter eines der wichtigsten Kupfervorkommen, welches in Peru demnächst erschlossen werden soll. Der 40-jährige Ochoa hält drei Kokablätter in die Sonne und richtet ein stummes Gebet an den Geist des Berges. «Wir haben die Verantwortung, für diese Berge zu sorgen. Wenn man ihnen keinen Respekt zollt, kann man in Schwierigkeiten geraten.»

Es stimme schon, sagt Ochoa, die Gemeinde Huancuire habe das Land 2013 an die Minenfirma verkauft. Doch es sei kein fairer Handel gewesen. Unterdessen würden sie besser verstehen, was die Erweiterung der Mine für sie bedeuten würde. «Wir verlieren nicht nur unsere Wasserquellen und Weiden, sondern auch die Berge, die unsere Identität ausmachen».



*Pollada beim Bergbaurkorridor in einem Dorf in Apurimac ©Jacob Balzani-Lööv*

Im April 2022 besetzten die Mitglieder von Huancuire das Gebiet von Chalcobamba. Die Bauarbeiten sind seither unterbrochen. Einen Räumungsversuch der Polizei Anfang Juni konnten sie mit ihren Steinschleudern erfolgreich abwehren, seither wird wieder verhandelt. Der Gemeindepräsident Romualdo Ochoa verkündete ihre Forderung in nationalen Medien: «Wir wollen Aktionäre der Mine werden, damit auch unsere Kinder eine Zukunft haben.»

Die Firma MMG-Las Bambas beklagt dagegen die wirtschaftlichen Verluste durch die ständigen Blockaden. Seit der Inbetriebnahme 2016 sei die Produktion während über 540 Tagen unterbrochen worden, davon allein 2022 über fünfzig. Trotzdem habe die Mine eine glänzende Zukunft, verkündete CEO Liangang Li. Die Verhandlungen mit Huancuire sollen bald abgeschlossen sein. «MMG hat bedeutende soziale Investitionen getätigt und fördert Unternehmen der lokalen Gemeinschaften.»

### **Ungewisse Zukunft**

Neben den bestehenden Minen sind im Bereich des Bergbaurkorridors über ein Dutzend weitere geplant. Der Kupferpreis ist mit über 9000 US-Dollar pro Tonne nahe an der Rekordhöhe, und mit der Nachfrage für die Energiewende dürfte er weiter steigen (siehe Kasten). Doch was wird dies für die Menschen bedeuten, die hier leben?

Auf der ganzen Reise haben wir niemanden getroffen, der den Bergbau grundsätzlich ablehnt. Doch die Wut über unfaire Deals, gebrochene Versprechen und verheimlichte Umweltfolgen macht es zunehmend fraglich, ob die Produktion auf dem aktuellen Niveau gehalten werden kann – geschweige denn, ob neue Minen gebaut werden können.



©Jacob Balzani-Lööv

In Peru ist der kollektive Landbesitz von indigenen Gemeinschaften rechtlich geschützt. Jeder Landverkauf bedarf der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Gemeindemitglieder. Dazu kommt ein Konsultationsprozess. Dies gibt den Gemeinden, die das Land besitzen, zumindest in der Theorie eine relativ starke Verhandlungsposition. Doch ohne staatliche Garantien für transparente Information und geregelte Verhandlungsprozesse gibt es keine tragfähigen Entscheidungen. Die politische Dauerkrise der letzten Jahre hat dieses Problem weiter verschärft (siehe Box).

Wegen der Proteste, die auf den Putschversuch und die folgende Absetzung von Präsident Pedro Castillo Anfang Dezember folgten, stecken die Lastwagen im Bergbaurridor wieder fest und die Minen mussten ihre Produktion herunterfahren. «Es geht jetzt nicht mehr um lokale Forderungen, sondern um das Ganze», berichtet der Anthropologe Castañeda per Telefon aus Chamaca. «Die Entscheidung der Leute hier ist klar: Solange die illegitime Präsidentin Dina Boluarte nicht zurücktritt, bleibt der Bergbaurridor geschlossen». Auch die Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung sei zunehmend Konsens. «Ohne einen neuen Gesellschaftsvertrag ist es schwierig, einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu sehen.»

*Text: Thomas Niederberger. Fotos: Jacob Balzani – Lööv*

*Thomas Niederberger ist Sozialanthropologe und lebt in Peru, wo er für Comundo einen Einsatz der Entwicklungszusammenarbeit bei CooperAcción leistet.*

*Der Artikel erschien leicht abgewandelt zuerst in der «Schweiz am Wochenende» vom 28.01.2023*



## 10. Wie gut sind deutsche Unternehmen in Peru auf das Lieferkettengesetz vorbereitet?

Die NRO Equidad hat sieben in Peru tätige deutsche Unternehmen daraufhin angeschaut, ob sie die Anforderungen des neuen Lieferkettengesetzes erfüllen.

Am 1. Januar 2023 trat das Lieferkettengesetz<sup>[1]</sup> größtenteils in Kraft. Damit entstehen weitere menschenrechtsbezogene und umweltbezogene Verpflichtungen für deutsche Unternehmen in Peru. Kurz nach dem Inkrafttreten der neuen Regelung stellt sich die Frage, wie gut die in Peru tätigen deutschen Unternehmen darauf vorbereitet sind.

Gemäß dem Lieferkettengesetz müssen Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten seit Januar 2023 und Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten ab Januar 2024 in ihren Lieferketten menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachten.

### Bericht zur Situation der Menschenrechte von Peru EQUIDAD

Zur aktuellen Situation der Menschenrechte u.a. in den Unternehmen Monsanto-Bayer, Heinz-Glas, Artesco, Faber Castell, Aurubis und Siemens hat die Nicht-Regierungsorganisation Peru EQUIDAD am 8. November einen Bericht öffentlich präsentiert.<sup>[2]</sup> Der Bericht zeigt ein gemischtes Bild, insbesondere im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer\*innen und deren

Freiheit, Gewerkschaften zu bilden (Koalitionsfreiheit). Während der Pressekonferenz am 8. November 2022 berichteten zudem Gewerkschaftsvertreter\*innen von Monsanto von ihren Erfahrungen und forderten die deutschen Unternehmen dazu auf, ihre Arbeitsweisen dem Lieferkettengesetz entsprechend anzupassen.

Dem Bericht zufolge, welcher in erster Linie auf Interviews mit Gewerkschaftsmitgliedern und öffentlich zugänglichen Informationen beruht, bestehen insbesondere drei große Herausforderungen: Erstens mangle es an einem angemessenen Dialog zwischen Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen. Der Bericht beschreibt ein oft gewerkschaftsfeindliches Klima. Zweitens fehle es in einem der untersuchten Unternehmen insgesamt an einem Sorgfaltspflichtenverfahren. Drittens mangle es an Transparenz, so dass sich die Einhaltung der Standards durch die Zivilgesellschaft nur schwer überprüfen lasse.

Von den sieben genannten Unternehmen (Monsanto-Bayer, Heinz-Glas, Artesco, Faber Castell, Aurubis und Siemens) hatte sich laut EQUIDAD allein Heinz-Glas bereit erklärt, sich mit EQUIDAD zu treffen und über die Umsetzung von Sorgfaltspflichten zu sprechen. Laut EQUIDAD sollen Aurubis und Siemens die Anfrage beantwortet haben, von Monsanto-Bayer, Artesco und Faber Castell hätten sie jedoch keine Antwort erhalten. Auf Bitte um Stellungnahme der Infostelle Peru an Monsanto-Bayer, Heinz-Glas, Artesco, Faber Castell und Siemens hat bisher nur [Faber Castell](#) geantwortet. In Bezug auf die Kupferraffinerie Aurubis in Hamburg haben die Kampagne Bergbau Peru, der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und die Infostelle Peru eine [Anfrage im Zusammenhang mit der Hauptversammlung der Aktionär\\*innen](#) am 16. Februar gestellt. Sollten weitere Antworten kommen, wird die Infostelle darüber [berichten](#).

### **Der aktuelle Stand der Umsetzung von Sorgfaltspflichtverfahren**

Laut der Deutsch-Peruanischen Industrie- und Handelskammer sind von der Regelung rund 200 Unternehmen in Peru betroffen. Allerdings erscheint diese Zahl hoch gegriffen. Die Regelung bindet in Deutschland erst einmal nur ca. 900 Unternehmen und ab 2024 etwa 4800 Unternehmen.<sup>[3]</sup>

Laut EQUIDAD hatten zu dem Zeitpunkt noch nicht alle untersuchten deutschen Unternehmen in Peru ein entsprechendes Sorgfaltspflichtenverfahren. Siemens schien nach Ansicht von EQUIDAD das Unternehmen zu sein, das am besten auf die neuen Vorschriften vorbereitet ist. Die Firma Heinz-Glas z.B., ein Familienunternehmen aus dem oberfränkischen Kleintettau und weltweit führender Hersteller von Parfümflakons aus Glas, hatte noch kein Verfahren zur Durchführung von Risikoanalysen, Präventions- und Abhilfemaßnahmen in Peru.

Bezüglich Aurubis sei nicht klar, ob das bestehende Sorgfaltspflichtenverfahren auch in Peru umgesetzt würde. Sowohl Monsanto-Bayer (Human Rights Policy<sup>[4]</sup>) als auch Aurubis (Human Rights Commitment<sup>[5]</sup>) verpflichten sich in separaten Dokumenten zur Einhaltung bestimmter

menschenrechtlicher Standards. Monsanto-Bayer gibt beim peruanischen Wirtschafts- und Finanzministerium an, ein Beschwerdeverfahren im Bereich Menschenrechte zu haben, dieses sieht allerdings keinen zeitlichen Rahmen vor, wann solche Beschwerden seitens Bayer beantwortet werden müssen.[\[6\]](#)

### Zwischen gewerkschaftsfeindliche Praktiken und Dialog

Besorgniserregend erscheint die Situation der Gewerkschaften in Peru. EQUIDAD wies auf gewerkschaftsfeindliche Praktiken hin, welche von Schikanen bis hin zu Anreizen für die Kündigung von Gewerkschaftsmitgliedern reichten.

Das neue Sorgfaltspflichtgesetz verpflichtet deutsche Unternehmen u.a. auch dazu, mögliche Verletzungen der Koalitionsfreiheit in der Lieferkette zu beenden. Die Koalitionsfreiheit ist zudem ein durch die UN-Menschenrechtserklärung[\[7\]](#) und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[\[8\]](#) geschütztes Menschenrecht.

Das Lieferkettengesetz dürfte deutsche Unternehmen in Peru darüber hinaus auch dazu verpflichten, einen angemessenen Dialog mit Arbeitnehmer\*innen zu pflegen. Dies ist zwar nicht ausdrücklich im Gesetz geregelt. Die Anwendung des Lieferkettengesetzes orientiert sich jedoch an den UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten.[\[9\]](#) Diese sehen vor, dass Unternehmen menschenrechtliche Risiken im Rahmen von Konsultationen von potenziell betroffenen Gruppen ermitteln und bewerten.[\[10\]](#) Auch im Rahmen von außergerichtlichen Beschwerdeverfahren setzen die UN-Leitprinzipien auf einen Dialog zwischen betroffenen Gruppen.[\[11\]](#)

Die Schilderungen der Gewerkschaftsvertreter\*innen bei der von EQUIDAD anberaumten Pressekonferenz deuteten allerdings darauf hin, dass ein solcher – notwendiger – vertrauensvoller Dialog eine der größeren Herausforderung bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes werden könnte.

### Mangelnde Transparenz

Das Lieferkettengesetz und die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten verpflichten zwar nicht zur Offenlegung der Lieferkette, sondern respektiert gängige Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen. Trotzdem können Betroffene und Zivilgesellschaft nur bei genügend Transparenz über die Lieferanten auf mögliche Missstände hinweisen und so Unternehmen bei einer Risikoanalyse unterstützen.

Das Problem betonte EQUIDAD beispielsweise im Hinblick auf Aurubis, dem zweitgrößten Kupferhersteller der Welt mit Sitz in Hamburg. Laut dem letzten Nachhaltigkeitsbericht stammen

16% des Kupfers aus Peru.[12] Jedoch mangelt es an öffentlichen Informationen zu der genauen Lieferkette, insbesondere aus welchen Minen Aurubis das Kupfer erhält.[13] Gerade im Zusammenhang mit Kupferminen kommt es oft zu erheblichen Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung, etwa durch Schwermetalle.[14] Umso wichtiger ist es, auf mögliche Menschenrechtsverletzungen hinweisen und auf entsprechende Akteure zugehen zu können. Auch die Kampagne Bergbau Peru weist gemeinsam mit dem Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre in einer aktuellen auf fehlende Transparenz hin.

### Weitergehende Regelung bald auf EU-Ebene?

Gleichzeitig wird mit Spannung eine verbindliche Regelung auf EU-Ebene erwartet, welche weitere Unternehmen in Peru binden würde. Schließlich hatte im Februar 2022 die Europäische Kommission einen Vorschlag über eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit veröffentlicht (CSDDD).[15] Über die genaue Reichweite der Verpflichtungen wird derzeit mit dem Ziel verhandelt, das EU-Lieferkettengesetz noch in diesem Jahr zu verabschieden.[16]

Anna Kohte

#### Anmerkungen:

[1] Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten vom 16. Juli 2021. Abrufbar auf [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBI&jumpTo=bgbl121s2959.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl121s2959.pdf). Zuletzt abgerufen am 9.1.2023.

[2] Der Bericht ist auf folgender Seite abrufbar: <https://equidad.pe/publicacion/derechos-humanos-debida-diligencia-y-cadenas-de-suministros-de-empresas-alemanas-que-operan-en-el-peru/>. Zuletzt abgerufen am 28.11.2022.

[3] Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, abrufbar auf <https://www.bmz.de/de/themen/lieferkettengesetz>. Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[4] Abrufbar auf [www.bayer.com/sites/default/files/2020-04/bayer-human-rights-policy.pdf](http://www.bayer.com/sites/default/files/2020-04/bayer-human-rights-policy.pdf). Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[5] Abrufbar auf [https://aurubis.com/dam/jcr:1d7b73c0-4a54-4b96-8825-46d68635e126/aurubis\\_human-rights-commitment\\_2021\\_03.pdf](https://aurubis.com/dam/jcr:1d7b73c0-4a54-4b96-8825-46d68635e126/aurubis_human-rights-commitment_2021_03.pdf). Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[6] Reporte de Sostenibilidad Corporativa Bayer S.A. 2021 [www.smv.gob.pe/ConsultasP8/temp/FichaRS\\_41\\_20220318132358.pdf](http://www.smv.gob.pe/ConsultasP8/temp/FichaRS_41_20220318132358.pdf). Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[7] Artikel 23 Abs. 4 UN-Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948.

[8] Artikel 22 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966.

[9] Bundestags-Drucksache 19/28649, Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten, abrufbar auf <https://dserver.bundestag.de/btd/19/286/1928649.pdf>. Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[10] Auch § 4 Abs. 4 des Lieferkettengesetzes sieht ähnliches vor: "Das Unternehmen hat bei der Errichtung und Umsetzung seines Risikomanagementsystems die Interessen seiner Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb seiner Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln des Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in seinen Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen zu berücksichtigen."

[11] Ich danke Claudia Müller-Hoff für viele hilfreiche Anmerkungen, insb. zur Rechtslage.

[12] Aurubis AG, Sustainability KPI Update 2020/21, S. 3. Abrufbar auf [https://aurubis.com/en/dam/jcr:59b691bb-b4e4-4e74-b561-70812451531c/Aurubis\\_Sustainability%20KPI%20Update\\_20\\_21.pdf](https://aurubis.com/en/dam/jcr:59b691bb-b4e4-4e74-b561-70812451531c/Aurubis_Sustainability%20KPI%20Update_20_21.pdf). Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[13] Siehe dazu bereits "Hauptversammlung bei Aurubis: Aus welchen Minen kommt das nach Deutschland importierte Kupfer?", Kampagne „Bergbau Perú – Reichtum geht, Armut bleibt“, 10. Februar 2021, abrufbar auf [www.kampagne-bergwerk-peru.de/aktuelles/hauptversammlung-bei-aurubis-aus-welchen-minen-kommt-das-nach-deutschland-importierte-kupfer/](http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/aktuelles/hauptversammlung-bei-aurubis-aus-welchen-minen-kommt-das-nach-deutschland-importierte-kupfer/). Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[14] Siehe z.B. Sophia Boddenberg, Deutschlandfunk Kultur, Der Hohe Preis für unser Kabel, 17. Januar 2023, abrufbar auf [www.deutschlandfunkkultur.de/hoher-preis-fuer-unsere-leitungen-100.html](http://www.deutschlandfunkkultur.de/hoher-preis-fuer-unsere-leitungen-100.html). Zuletzt abgerufen am 27. Januar 2023.

[15] Europäische Kommission, Proposal for a Directive on Corporate Sustainability Due Diligence and Annex vom 23. Februar 2022, abrufbar auf [https://ec.europa.eu/info/publications/proposal-directive-corporate-sustainable-due-diligence-and-annex\\_de](https://ec.europa.eu/info/publications/proposal-directive-corporate-sustainable-due-diligence-and-annex_de). Zuletzt abgerufen ab 28.11.2022.

[16] Euractiv, EU member states fight over scope of due diligence directive, János Allenbach-Amann, [www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/eu-member-states-fight-over-scope-of-due-diligence-directive/](http://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/eu-member-states-fight-over-scope-of-due-diligence-directive/). Zuletzt abgerufen am 28.11.2022; CSR, Lieferketten-Gesetzesinitiative der EU

[www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Europa/Lieferketten-Gesetzesinitiative-in-der-EU/lieferketten-gesetzesinitiative-der-eu.html#x0](http://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Europa/Lieferketten-Gesetzesinitiative-in-der-EU/lieferketten-gesetzesinitiative-der-eu.html#x0). Zuletzt abgerufen am 27.01.2023.

## 11. Was bringen Klimazertifikate in Peru?

Vier Fragen zum [neuesten InfoBlatt](#) der Infostelle Peru zum Thema Klimafinanzierung an die Autorin Vanessa Schaeffer.

1

Das Thema Klimafinanzierung scheint auf den ersten Blick sehr komplex und kann Leser davon abhalten, sich näher damit zu befassen. Was sind die wichtigsten drei Punkte, die eine deutsche Bürgerin ueber dieses Instrument wissen muss?

Vanessa Schaeffer: Ich glaube, dass wir als verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Verbraucher drei Punkte wissen sollten:

– Die Klimafinanzierung geht von einer rechtlichen Verantwortung aus, die auf nationalen Gesetzen und internationalen Vereinbarungen beruht. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass es

sich nicht um " karitative Aktionen " oder " Entwicklungshilfe " handelt, sondern um einen Mechanismus, mit dem die Länder und Industrien, die die meisten Emissionen verursachen, ihre globale Verantwortung übernehmen. Ihr Hauptziel ist die Eindämmung und Reduzierung von Emissionen sowie die Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen in Ländern, die vom Klimawandel betroffen sind.

– Es gibt regulierte Finanzierungsmechanismen und freiwillige Mechanismen. Die Klimazertifikate, die wir in den Supermärkten und auf alltäglichen Produkten sehen, gehören zu privaten Mechanismen, die von privaten Unternehmen verwaltet werden, mit Marktstandards. Die Verbraucher haben das Recht, auf die sie betreffenden Informationen zuzugreifen und sie zu analysieren. Diese Informationen sollten transparent und zugänglich sein.

– Die heute so beliebten Klimazertifikate auf dem freiwilligen Markt bewirken nicht die erforderlichen Emissionsreduktionen, die wir brauchen, um den Temperaturanstieg auf unserem Planeten zu verhindern. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen und zu fordern, dass die Unternehmen diese Mechanismen nur zusätzlich zu echten Anstrengungen zur Verbesserung und Reduzierung der Emissionen aus ihren Produktionsprozessen einsetzen.

## 2

*Kohlenstoffzertifikate sind in den letzten Wochen in mehreren Medien stark kritisiert worden, weil sie die versprochene CO2-Reduzierung nicht nachweisen können und ausserdem vorgaukeln, dass wir im Norden so weitermachen können, wie bisher, weil wir ja kompensieren koennen. Kann das Instrument "Klimazertifikat" ueberhaupt funktionieren ? Und welche Bedingungen braucht es dazu?*

Vanessa Schaeffer: Die Diskussion ist zweifellos positiv und trägt zu mehr Transparenz und hoffentlich zur Verbesserung dieser Mechanismen bei, die von Jahr zu Jahr zunehmen. Der Begriff "klimaneutral" ist problematisch, da er beim Verbraucher den Eindruck erwecken kann, dass es sich um eine Emissionsreduzierung handelt, obwohl dies in Wirklichkeit nicht der Fall ist. Diese freiwilligen Mechanismen bieten nur "Kompensationen", d. h. die Unternehmen, die sie kaufen, könnten im Prinzip ihr Emissions- und Verschmutzungsniveau beibehalten (oder sogar noch erhöhen). In diesem Punkt sind sich die Analysten einig: "Zertifikate" können nur in Kombination mit anderen eindeutigen Maßnahmen funktionieren, die darauf abzielen, dass die Unternehmen ihre Emissionen reduzieren und nicht nur "ausgleichen".

Der freiwillige Markt ist zwar dynamisch und ermöglicht es, dass die Mittel schnell und direkt in die Gebiete gelangen, doch müssen die vergebenen Zertifikate sowie die Messung und Überprüfung der Kompensationsmaßnahmen in den Gebieten ständig überprüft werden. Diese Informationen müssen transparent sein und vor allem die Stimmen der geförderten Gebiete und Territorien

einbeziehen, ein Aspekt, den die internationalen Unternehmen, die diese Zertifikate ausstellen, noch nicht wirksam integriert haben, abgesehen vom Diskurs.

### 3

*Du stellst im Infoblatt zwei Beispiele aus Peru vor, in denen internationale Zertifikatsanbieter Projekte zum Klimaschutz vermarkten. Du schreibst auch, dass in Peru dies kaum jemand zur Kenntnis nimmt. Warum wird in Peru nicht darüber gesprochen?*

Vanessa Schaeffer: Die Diskussion in Peru hat gerade erst begonnen. Ohne indigene Organisationen wie CEPKA in San Martin wäre es schwierig, die Auswirkungen dieses Mechanismus auf das Gebiet zu erkennen. Ich glaube, dass die mangelnde Transparenz bei der Verwaltung dieser Mechanismen die Hauptursache ist. Es sollte auch beachtet werden, dass die Probleme in den Gebieten, wie z.B. die Abholzung im Amazonasgebiet, ernst sind und zunehmen. Die Erschließung privater Finanzmittel zu ihrer Bewältigung ist dringend erforderlich, aber sie ist nur ein Teil einer umfassenderen Governance-Agenda.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die peruanische Regierung über das Umweltministerium Anstrengungen unternommen hat, um eine Debatte über Klimafinanzierungsmechanismen zu initiieren. Die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zwischen den Ländern ist unverzichtbar, um ihre Wirksamkeit zu verbessern und zu gewährleisten.

### 4

*Du lebst als Peruanerin seit 3 Jahren in Deutschland. Wo könnten oder sollten die Deutschen, Deiner Meinung nach, ihren CO2-Ausstoß am besten senken ?*

Vanessa Schaeffer: Es gibt viel Spielraum für die Reduzierung von Emissionen. Das Nachdenken über den Konsum auf der individuellen Ebene ist ein Schritt. Ein noch wichtigerer Schritt muss sich auf das Drücken auf weitreichendere Reformen konzentrieren. Im Verkehrsbereich beispielsweise hat die deutsche Regierung mehr in den Bau von Autobahnen als in den Bau von Eisenbahnstrecken investiert und tut dies auch weiterhin, was in diesem Stadium absurd ist.



## 12. Scholz in Lateinamerika: nur Rhetorik?

Ein Kommentar von Vanessa Schaeffer

“Eine Chance für die deutsche Wirtschaft sich in Südamerika stärker zu engagieren”<sup>[1]</sup> (Handelsblatt)

“Die Reise von Scholz hat aus wirtschaftspolitischer Sicht in Südamerika neue Türen geöffnet”<sup>[2]</sup> (DW)

“Olaf Scholz sucht in Argentinien, Chile und Brasilien nach Rohstoffen und Verbündeten”<sup>[3]</sup> (Die Zeit).

Über den Besuch von Olaf Scholz in Lateinamerika im Januar dieses Jahres wurde in den wichtigsten deutschen Zeitungen und Medien ausführlich berichtet. Analysten sind sich einig: Der Besuch war dringend notwendig, um die Handelsbeziehungen mit der Region zu stärken.

Lateinamerika spielt eine zentrale Rolle in der deutschen Strategie zur Sicherung der Lieferkette, die Deutschland zur Förderung seiner Industrie benötigt. Als “Speisekammer” für den deutschen Warenkorb an Exportgütern, von Kaffee, Kakao, Ingwer und Orangensaft bis hin zu Metallen wie Kupfer, Lithium und Zink, hat Lateinamerika seine Position als wichtiger Handelspartner für Deutschland konsolidiert. Ziel des Besuchs des Bundeskanzlers war es, diese Beziehungen zu stärken und den Zugang zu wichtigen Ressourcen für den wirtschaftlichen Wiederaufbauprozess nach der Covid-Pandemie und in einem schwierigen Kriegskontext in Europa zu sichern.

Trotz ihrer Bedeutung war die Region lange Zeit nicht im Blickfeld der deutschen Regierung. Vielleicht zu lange. Im globalen Wettlauf um den Zugang zu Bodenschätzen, die für eine künftige Energiewende unverzichtbar sind, ist Deutschland ein Spätstarter, anders als Konkurrenten wie China, die längst in der Region Fuß gefasst haben.

In diesem Zusammenhang und um mit der Konkurrenz gleichzuziehen, verfolgte Bundeskanzlerin Merkel die Strategie, den regionalen Handelspartnern die Mehrwerte Deutschlands aufzuzeigen. Während China und andere Länder einen wenig sozial- und umweltverträglichen Zugang zu wichtigen Mineralien wie Kupfer oder Lithium anbieten würden, würde Deutschland stattdessen ein System der Verantwortung, des Umweltschutzes und der Technologie anbieten. "Freier und fairer" Zugang zu Rohstoffen, so lautet das Motto der deutschen [Rohstoffstrategie 2020](#), die mit erheblichen Investitionen in die internationale Zusammenarbeit einhergeht. Ein weiterer Mehrwert, den nun Bundeskanzler Scholz erkennen lässt, wäre die klare Bereitschaft, sich für die Verteidigung demokratischer Werte in der Region einzusetzen. Der Bundeskanzler brachte nicht nur seine Unterstützung für Lula da Silva nachdrücklich zum Ausdruck, indem er die rechtsextremen Anschläge auf die Hauptstadt verurteilte, sondern besuchte auch die Gedenkstätten für die Opfer der Diktaturen in Argentinien und Chile. In Südamerika "flog Scholz wie ein Engel der Demokratie"[\[4\]](#), notiert die Tageszeitung Der Spiegel.

Zur gleichen Zeit, als er Argentinien, Chile und Brasilien besuchte, befand (und befindet) sich das benachbarte Peru inmitten sozialer Proteste und gewaltsamer Repressionen durch die Regierung von Präsidentin Dina Boluarte, die bisher mehr als 60 zivile Todesopfer gefordert haben. Hunderte von Menschen wurden verhaftet und mehr als tausend verletzt. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen und die internationale Presse haben die peruanische Regierung verurteilt, weil sie den illegalen Einsatz der Streitkräfte zur Unterdrückung der Bevölkerung legitimiert und gefördert hat[\[5\]](#).

Obwohl Peru nicht dem Mercosur angehört, sind seine Handelsbeziehungen mit Deutschland, insbesondere im Bereich der Rohstoffe, von besonderer Bedeutung. Peru ist nach Brasilien das zweite Land, aus dem Deutschland Kupfer zur Versorgung seiner Industrie einführt. Aurubis, ein deutsches Unternehmen, importiert 16 % seiner Kupferkonzentrate aus Peru, dem zweitgrößten Lieferanten nach Bulgarien[\[6\]](#). Bei seinem Besuch in der Nachbarschaft erwähnte Scholz Peru jedoch nicht.

Dieses Schweigen scheint zu bestätigen, dass, wenn es um die Sicherung von Geschäftsbeziehungen geht, in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie "bei Scholz geht die Schere sehr weit auseinander. Er sammelt Demokratiepunkte da, wo sie billig zu haben sind. Und in den Ländern, wo es weh täte, aber bitter nötig wäre, über demokratische Werte zu reden, schweigt er sich weitgehend aus"[\[7\]](#).

Mit dem in Deutschland bereits in Kraft getretenen Lieferkettengesetz und einem europaweiten Prozess hat Deutschland die Chance, über die Rhetorik hinaus zu zeigen, dass bessere soziale,

ökologische und technologische Bedingungen einen Mehrwert auf dem Weltmarkt darstellen. Diese Bedingungen sind notwendig, um eine sichere und zuverlässige Rohstoffversorgung für die deutsche Industrie zu gewährleisten. Sie sind auch unverzichtbar für ein besseres Leben der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Europa und der Welt.

Vanessa Schaeffer

[1] „Warum Südamerika dem Kanzler so wichtig ist“. Busch, Alexander. 30 Januar, 2023. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/argentinien-brasilien-chile-warum-suedamerika-dem-kanzler-so-wichtig-ist/28950754.html>

[2] „Olaf Scholz auf Partnersuche in Südamerika“. Papier, Oliver. Deutsche Welle, 21 Januar 2023. <https://www.dw.com/de/olaf-scholz-auf-partnersuche-in-s%C3%BCdamerika/a-64498928>

[3] „Der Versuch einer Zeitenwende“. Dausend, Peter. 29 Januar, 2023. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-01/olaf-scholz-lateinamerika-reise-argentinien-brasilien-chile-rohstoffe-ukraine>

[4] „Der Kanzler und die bizarren Momente von Brasília“. Kurbjuweit, Dirk. 01 Februar, 2023. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kanzler-auf-suedamerika-tour-was-war-da-los-herr-scholz-a-57a30733-be77-43ec-b652-d3800a258afe>

[5] „We Have to Come Here to Be Seen’: Protesters Descend on Lima“. The New York Times. <https://www.nytimes.com/2023/01/27/world/americas/peru-protests-lima.html>

[6] Aurubis Umweltbericht 2021 [https://www.aurubis.com/en/dam/jcr:dd789d08-d68f-4785-87ba-f009aba77368/Umweltbericht\\_2021\\_EN\\_20210615.pdf](https://www.aurubis.com/en/dam/jcr:dd789d08-d68f-4785-87ba-f009aba77368/Umweltbericht_2021_EN_20210615.pdf)

[7] Kurbjuweit, Dirk. 01 Februar, 2023. Die Spiegel.

## 13. Kurz gemeldet – Februar 2023

**Gefährdete Indigene, Initiativen der Zivilgesellschaft und ein erschreckender Bericht zu Menschenrechtsverletzungen.**

### **Erklärung der peruanischen Zivilgesellschaft zur Verteidigung des Lebens und der Demokratie**

130 Organisationen der peruanischen Zivilgesellschaft schlagen in einer gemeinsamen [Erklärung](#) einen nationalen Plan für Demokratie, Menschenrechte sowie nachhaltige und inklusive Entwicklung als Ausweg aus der politischen Krise vor. Sie fordern ein neues politisches Bündnis, das alle Bürger\*innen einschließt.

In der Erklärung wird der Vorwurf erhoben, dass ein „Szenario vom internen Krieg“ erzeugt werde, indem ohne konkrete Beweise Bürger\*innen und soziale und Gewerkschaftsführer\*innen als „Terrorist\*innen“ beschuldigt würden.

Die Situation erfordere eine politische Plattform und eine kurz- und mittelfristige Agenda für das ganze Land. "Dies ist der Weg, um der eindeutig konservativen und autoritären Bedrohung entgegenzutreten und sie abzuwenden. Denn ihr Ziel ist es, ihre eigene ideologische Agenda gegen die allgemeinen Bürgerrechte und ein autoritäres und ausgrenzendes Regime im Dienste der Machthabenden durchzusetzen."

"Wir verpflichten uns, mit unseren Vorschlägen und Positionen an einem breit angelegten nationalen Dialog teilzunehmen, ausgehend von den verschiedenen Regionen im Land. In Erwartung der Einsetzung einer neuen Regierung wollen wir so einen Konsens über kurz- und mittelfristige Strategien erreichen."

Die Unterzeichnenden fordern Vertreter\*innen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Vereinigung amerikanischer Staaten (OAS) zu Aufmerksamkeit und Stellungnahme auf, "um zu verhindern, dass die Stigmatisierung der sozialen Proteste und deren gewaltsamen Unterdrückung sich zuspitzen."

### **Agrarindustrie und Mennoniten wollen das Forstgesetz schwächen**

Die [Nachrichtenplattform OjoPúblico](#) hat aufgedeckt, dass es verschiedene Treffen zwischen Kongressabgeordneten, die das peruanische Forstgesetz schwächen wollen, und Organisationen, die enge Beziehungen zur Agrarindustrie pflegen, Mennonitenführern und Organisationen der Kaffeebauern gab.

Zur Enthüllung kam es zu dem Zeitpunkt, als der Kongress einen Gesetzentwurf diskutierte, der den amazonischen Regenwald bedroht. Stimmen aus der Regierung, von Fachleuten sowie von indigenen Völkern, die sich gegen das Gesetzesvorhaben aussprechen, werden ignoriert.

Bekannt geworden ist etwa ein Treffen des Abgeordneten Ilich Fredy López von Acción Popular mit Salvith Ojanama von der Coordinadora por el Desarrollo de Loreto (CDL) im Juli 2022.

Die CDL ist eine Organisation, die sich gegen die Ratifizierung des Escazú-Abkommens ausspricht und die Existenz indigener Völker in der Region Loreto, die in freiwilliger Isolation und in Erstkontakt leben, leugnet.

Ebenso wurde ein Treffen zwischen Beliceño Klassen Jacob und Raúl Lunasco Cabezas, Mitglieder der mennonitischen Kolonie, mit dem Berater der Agrarkommission des Kongresses, Elvis García Torreblanca, zur gleichen Zeit, bekannt. Die Mennoniten sind eine religiöse Organisation, gegen die wegen Abholzung im peruanischen Amazonasgebiet ermittelt wird. Ein weiterer ihrer Anführer traf sich im August mit einem Büromitarbeiter des Kongressabgeordneten Miguel Ángel Ciccía von Renovación Popular, Mitglied des Agrarausschusses, der den Gesetzentwurf vorgelegt hat.

### **Desinformationskampagnen zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen**

Eine [Kampagne](#) falscher Informationen über indigene Völker in Isolation und Erstkontakt (PIACI) wurde von Gruppen mit einem starken wirtschaftlichen Interesse an der Ausbeutung des Amazonas gefördert. Die Kampagne enthält Informationen, die eine Annullierung der offiziellen Anerkennung der PIACI rechtfertigen soll, was die fortschreitende Auslöschung und den Völkermord an der PIACI, einer der am stärksten gefährdeten menschlichen Gruppen auf dem Planeten, bedeuten würde.

Laut AIDSESEP (Interethnische Vereinigung für die Entwicklung des peruanischen Regenwaldes) dient dies dem Kongress, Gesetze durchzubringen, die die PIACI bedrohen könnten. Genauer handelt es sich um das Projekt 3518 des Fujimori-Kongressabgeordneten Jorge Morante, das darauf abzielt, regionale Regierungen zu ermächtigen und bestehende indigene Reservate aufzuheben. AIDSESEP fordert dazu auf, sich nicht täuschen zu lassen und die Zustimmung zu dem Gesetz nicht zuzulassen.

### **Titicacasee zum 2. Mal „Bedrohter See des Jahres“**

Der Titicacasee ist zum zweiten Mal nach 2021 zum „Bedrohten See des Jahres“ erklärt worden. Den Titel vergaben der Global Nature Fund (GNF), eine internationale Stiftung für Umwelt und Natur mit Sitz in Radolfzell, und das Netzwerk „Living Lakes“ mit der Begründung, dass die Umweltbelastung für den See weiter zunehme. Abwässer aus den Städten Puno und Juliaca sowie El Alto (Bolivien), Pestizide aus der Landwirtschaft und Schwermetalle aus teilweise illegalem Bergbau verschmutzen den See. Fische und Frösche sterben, Arten verschwinden. Der See stellt zudem das Trinkwasserreservoir für zwei Millionen Menschen dar.

*Quelle: Badische Zeitung vom 3.2.23*



Zum zweiten Male wurde der Titicaca-See zum "gefährdeten See des Jahres" ernannt. © Heeder Soto Quispe

### **Werner Herzog erhält vom ultrarechten Bürgermeister die Ehrenurkunde von Lima**

[Rafael López Aliaga](#), der ultrarechte Bürgermeister von Lima, der den [Erinnerungsort](#) „Lugar de la Memoria“ frontal angegriffen hat, lobt Werner Herzog als einen der ganz Großen des Weltkinos. Zwei seiner vielen Filme wurden in Peru gedreht. Ob Werner Herzog sich dessen bewusst war, von wem er sich da ehren ließ?

### **Interessenskonflikte beim Sanktionsverfahren gegen den Erdölkonzern Repsol**

Die Zeitung [La Republica](#) deckt Interessenkonflikte im Rahmen der sieben Sanktionsverfahren gegen den Erdölkonzern Repsol auf, die von der Umweltbehörde OEFA (Organismo de Evaluacion y Fiscalizacion Ambiental) eingeleitet wurden und Geldbußen von mehr als 70 Millionen Soles (16,8 Mio. Euro) nach sich ziehen würde.

OEFA macht den Erdölkonzern für die ein Jahr zurückliegende Katastrophe des Auslaufens von 11.000 Barrel Öl an der peruanischen Küste verantwortlich.

Nachdem der spanische Konzern im Juli 2022 schon gegen die erste Sanktion über 5 Millionen Soles Berufung eingelegt hatte, wurden auch von den weiteren eingeleiteten Disziplinarverfahren bereits gegen drei Berufung eingelegt. La Republica legt nun offen, dass die technische Sekretärin der TFA (Trade Facilitation Agreement Database), Angélica María García Gilio, die Ehefrau von Adolfo Eugenio Huapaya Venegas, Ingenieur für Arbeitshygiene und Sicherheit von Repsol, ist.

Trotz Forderungen seitens OEFA, sie von dem Fall auszuschließen, blieb García in ihrer Funktion. Dieser Interessenkonflikt könne verwaltungsrechtliche bis strafrechtliche Ermittlungen gegen García nach sich ziehen, so der Anwalt der SPDA (Sociedad Peruana de Derecho Ambiental). Nun werden Forderungen laut, die OEFA solle die Geldbußen neu berechnen. Die durch die Ölpest verursachte ökologische und humanitäre Krise betrifft laut Oceana Peru eine halbe Million Peruaner\*innen, die mit dem Meeresökosystem verbunden sind.

### **Prüfung der Einhaltung der Menschenrechte: peruanischer Staat darf sich nicht weiter zurückentwickeln**

Am 25. Januar wurde der peruanische Staat vom [UN-Rat für Menschenrechte](#) untersucht. Bereits bei der letzten UPR 2017 wurden Rückschläge registriert und daher eine Reihe an Forderungen an den peruanischen Staat formuliert, welche nun vorab von Amnesty International geprüft wurden – dabei kam es zu Vorwürfen von systematischen Menschenrechtsverletzungen und zu Forderungen an den peruanischen Staat, zur Bekämpfung der angeführten Vorwürfe nationale Strategien zu entwickeln. Einer der wesentlichen Punkte ist die Gewaltbereitschaft bei Demonstrationen, die durch die zahlreichen Todesfälle im Zusammenhang mit der Unterdrückung sozialer Proteste (45 Zivilisten vom 7. Dezember 2022 bis heute) sichtbar wurde. Eine Aufklärung und zivilrechtliche Bearbeitung der Fälle sei nötig.

Daneben verstärkt sich auch die Gewalt gegen Frauen, wogegen ein spezielles Fahndungssystem zur Verhinderung von Femiziden, sexueller Gewalt und Menschenhandel vom peruanischen Staat implementiert werden müsse.

Zudem kommt es auch im Kontext Migration immer wieder zu struktureller und systemischer Diskriminierung und Rechteverweigerung, vor allem was Menschen venezolanischer Herkunft betrifft. Auch LGBTQ- Rechte werden nicht anerkannt – die gleichgeschlechtliche Ehe ist etwa verboten und es gibt kein Dokument, das etwa die Identität der Transgender-Bevölkerung widerspiegelt. Weitergehend kommt es gerade in jüngerer Zeit zur Aufhebung gewisser Gesetze, die Menschenrechte schützen: Etwa weniger Einschränkung bei der Anwendung von Polizeigewalt oder Änderungen von Materialien für die Sexualaufklärung, welche eine Aufklärung mit einem Gender- und Menschenrechtsansatz gefährden.

Die Prüfung fand am 25. Januar um 9:00 statt und kann [hier](#) eingesehen werden.

### **Gelöschte Erinnerung**

Am 5. Januar wurde in Lima im Stadtteil Barranco das politische [Wandbild](#) der Landwirtin Máxima Acuña, Umweltschützerin und Aktivistin gegen das Minenprojekt Conga in Cajamarca, unerwartet mit einer dicken Schicht gelber Farbe überzogen.

Die neue Bürgermeisterin von Barranco, Jessica Vargas von der ultrarechten Partei Renovación Popular, beschloss, ihre Bürgermeisterverwaltung auf diese Weise zu beginnen.

### **Amnesty International beklagt tödliche Repression während der Proteste**

Am 16. Februar 2023 stellte Amnesty International in Lima die vorläufigen Ergebnisse seiner Recherchen zu den bei den Protesten in Andahuaylas, Ayacucho und Chinchero ermordeten Menschen dar. Amnesty wirft der Polizei exzessiven Gewalteinsatz und Menschenrechtsverletzungen vor. Diese können strafrechtlich geahndet werden muss und politische Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen. 80% der Getöteten waren Quechua oder Aymara. Deswegen spricht Amnesty auch von rassistischer Gewalt.

Die vorläufige Ergebnisse der Untersuchungen sind [hier](#) zusammengefasst

*Zusammengestellt von Svenja Pesch, Heinz Schulze Annette Brox, Hildegard Willer*

## **14. Perus Superreiche**

### **Die 17 reichsten Familien in Peru und ihr Einfluss auf Parlament und Regierung**

Der Politikwissenschaftler Sinesio López betont in seiner jüngsten [Analyse](#), die aktuelle Situation in Peru sei ein Kampf zwischen der Ultrarechten sowie den faktisch Mächtigen auf der einen Seite und den sozialen Bewegungen, die sich für eine Demokratisierung engagieren, auf der anderen Seite. Um besser zu verstehen, wer zu diesen „faktisch Mächtigen“ gehört, ist die [Recherche](#) von Ernesto Linares Mascaro sehr wichtig. Wir werden sehen, dass ein Großteil dieser Superreichen mit Produkten reich geworden sind, die auch wir hier konsumieren: Kupfer, Gold, Silber, Zink oder exportierte Nahrungsmittel.

#### **1. Familie Brescia.** Vermögen: 5,4 Milliarden Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Kupfermine (Mina Justa), Ica; Bresca/Cafferata ist weltweit eine der größten Zink-Produzenten und hält 46,12% Anteil an der Bank BBVA/Peru (Banco BilbaoVizcayaArgentina); Goldmine Pucamarca (Tacna), deren Unternehmen Tasa ist weltweit größter Produzent von Fischmehl; die Holding Breca Pinturas kontrolliert den Verkauf von Farben in Peru, Chile und Ecuador.



Die Bank BBVA ist eine der Firmen der reichsten Familien Perus, der Familie Brescia. ©Andina - Romina Patinho

## **2.Familie Grupo Romero.** Vermögen: 4,05 Milliarden Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Export von Ethanol (Cana Brava); viele Tankstellen (z.B. in Kolumbien); Export von Lebensmitteln (u.a. Palmöl); Hautbestandteil ist Credicorps: Banca de Credito del Peru (BCP), Mikrokredite (Mibanco, Kolumbien), Versicherungen und Pensionen (Grupo Pacifico y Prima), Investitionsbank (mit Atlantic Security Bank), etc.

## **3.Familien Rodriguez Pastor.** Vermögen: 3,290 Milliarden Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Holding Intercorp Financial Services (IFS); über ihre Holding InRetail operieren sie in den Supermärkten Plaza Vea, Makro, Vivando, Real Plaza; Apothekenkette Inkafarma; Privatschule Innova School (in Mexiko und Kolumbien); Kino Cineplant; Hotel Casa Andina; eine sehr große Logistik-Transportgesellschaft (Wasser und Luft);

## **4.Familie Jorge Rodriguez/Claudi Rodriguez.** Vermögen: 3,210 Milliarden Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Holding Gloria Leche, Gloria Foods-Alimentario (mit Kontrolle von Milchprodukten in Peru, Bolivien, Kolumbien, Argentinien, Uruguay, Ecuador und Puerto Rico); mit der Holding: Coazúcar besitzt die Firma die Zuckerplantage Casa Grande, Cartavio (Rum), San Jacinta y Agrolmos del Peru; Zucker-Großgrundbesitz La Tronca (82.000 Hektar) in Ecuador.

**5.Familie Benavides Ganoza.** Vermögen: 640 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Bergbauunternehmen Buenaventura (2022 verkauften sie ihren Anteil von 43,65% im Wert von 300 Millionen Dollar an die US-Firma Newmont); 19,58% Anteil an der Kupfermine Cerro Verde; ökologischer Landbesitz Sociedad Agricola Samaca in Ocucaje, Ica.

**6.Familie Hochschild.** Vermögen: 610 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: 38% Anteil an Hochschild Mining – große Silbermine mit Snip (Kanada) und Amarillo (Brasilien), 50% Anteil an Zement Pacasmayo, Anteile an Minen mit Seltenen Erden in Chile, größte Gold- (und Silber-)Mine von Hochschild Mining: Mina Inmaculada, Ayacucho.

**7.Familie Marsano Conroy.** Vermögen: 590 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Goldmine Retamas (Marsa), eine der größten Goldminen (Cerro El Gigante, La Libertad in Peru), die drittgrößte Goldmine Perus.

**8.Familie Fishman Cotlear.** Vermögen: 570 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: 94% Anteil an Quimpac, der größten Salzproduktion für den menschlichen Konsum, Chlor und weitere chemische Produkte (in Kolumbien und Ecuador); Papelera Nacional; 50% Anteil an Tai Loy (Büromaterialien).

**9.Familie Vargas.** Vermögen: 560 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: 45,2% Anteil an der Bergbaufirma Poderosa und 71,2% an der Mine San Ignacio de Morococha. Seit 2021 sind die Minen Maranon und Santa Maria (Pataz, La Libertad) die größten Goldminen Perus.

**10.Familie Navarro Grau.** Vermögen: 540 Millionen Dollar.

Besitze/Beteiligungen: 78% an der Gruppe Horizonte mit den Gold-Minen Parco und Los Zambos (Pataz, La Libertad), und damit die viertgrößte Goldproduktion Perus; Tankstellenkette Ava; Besitz im Agrarsektor.

**11.Familie Lindley.** Vermögen: 530 Millionen Dollar.

Besitze/Beteiligungen: Hauptaktionäre an der mexikanischen Firma Arca Continental (Coca Cola); 380 Mini-Markt-Geschäften mit dem Namen Tambo; 46 Kosmetikläden der Marke Aruma.

**12.Familie Belmont Grana.** Vermögen 520 Millionen Dollar

Besitz/Beteiligungen: Schönheitssalons Amway, Natura, Nu Skin etc Perus, Metrocolor (größte Druckerei Perus)

**13.Familie Mulder López.** Vermögen 480 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Mit der Holding besitzen sie die Firma Quimica Suiza (Agrochemie), hat Lebensmittelproduktion sowie die Immobilienfirma Domerson mit zwei großen Geschäftszentren; viele Zoohandlungen, wie Super-Zoo, auch in Europa: Kiwoko, Kivet, Clinicaanimal (in Spanien und Portugal) und Tierfutter.

**14.Familie Picasso Arias.** Vermögen 450 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Hauptaktionäre des Minenkomplexes Poderosa und San Ignacio Morococho. Die Enkelin ist mit Juan Picasso Salinas verheiratet, einem der Repräsentanten von Glencore in Peru.

**15.César Acuña Peralta.** Vermögen: 430 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: Zu 99% Besitzer der Universität César Vallejo; 18 Immobilien und 132 PKW's; seine Kinder sind Besitzer der Universität Señor de Sipan; aktuell auch Präsident der Region La Libertad;

**16.Familie Rizo Patron.** Vermögen: 390 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: 43 % Anteil am größten Zementwerks in Peru (Unacem) und Zement-Verarbeitungsfirmen in Chile.

**17.Familie Quevedo, Grupo Rocío.** Vermögen: 380 Millionen Dollar.

Besitz/Beteiligungen: 17,9 % Anteil an der chilenischen Lebensmittelholding Hortifrut, weltweit größte Produktion von Beeren (Blaubeeren und andere) mit Berrie Peru mit Niederlassungen in den USA und Europa. Rafael Quevedo Flores war 2010 bis 2011 Landwirtschaftsminister. Grupo Rocío (TAL SA) verkaufte im Jahr 2022 Avocados und andere Produkte im Wert von 33,5 Millionen Dollar. Sie besitzt außerdem die große Hühnerfarm Yapu Solucons in Trujillo.

Nicht zu den reichsten, aber wohl einflussreichsten Familien gehört die Familie **Miró Quesada**. Sie besitzt die Zeitungen El Comercio, Peru 21, Gestion und mit den Boulevard-Blätter Trome, Correo oder Ojo erreicht sie quasi alle Bevölkerungsschichten Perus und hat damit das Meinungsmonopol. Das wird noch verstärkt durch ihre Fernsehsender TV America Television, Canal N, mit Anteilen am Canal 4 sowie Radio América und Radio Disney. Außerdem hat die Familie Beteiligungen im Bergbausektor, bei Banken und im Tourismusgeschäft.

Interessant neben vielen anderen Familien ist die **Grupo Wong**. Das Geschäft gehört jetzt Kapitalgebern aus Chile. Sie betreiben den TV-Kanal WILLAX, einen ultrarechten Sender.

*Heinz Schulze*

## 15. ISP-News Februar 2023

### Das Neueste aus der Arbeit der Infostelle Peru

#### Neu: Peru-Infos jetzt bei Mastodon!

Wie viele andere Menschen und Organisationen auch, hat die ISP beschlossen, ihren Twitter-Account nach der Übernahme von Twitter durch Elon Musk stillzulegen und zur Alternative Mastodon umzuziehen. Die Geschäftspraktiken und der Umgang mit den Mitarbeitenden passen nicht zu unseren Vorstellungen.

Leider sind uns bisher nur wenige bei unserem Umzug gefolgt. Deshalb nochmal der Aufruf und die herzliche Einladung: Infos zu Peru in gewohnter Qualität und Regelmäßigkeit gibt es jetzt unter <https://berlin.social/@InfostellePeru>

#### Politische Krise in Peru: Briefe, Gespräche und Veranstaltungen

Die politische Krise und die staatliche Gewalt gegen Demonstrierende haben natürlich die Arbeit der Infostelle der letzten Wochen geprägt. Anfang Januar haben wir einen Brief an Präsidentin Boluarte geschrieben, zwei Wochen später dann einen Brief an die deutschen EU-Abgeordneten, die Bundesregierung und die Mitglieder des Menschenrechtsausschusses im Bundestag. Außerdem haben wir uns an zwei Briefaktionen der Plataforma Europa Perú und des Netzwerkes EU-LAT an Europaabgeordnete beteiligt. Klare und deutliche Erklärungen der internationalen Gemeinschaft sind jetzt außerordentlich wichtig.

Aufgrund unserer Briefe hat uns der menschenrechtspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag, Boris Mijatovic, zu einem einstündigen Gespräch eingeladen. Auf seine Initiative hin wurde das Thema dann auch auf die Tagesordnung des Menschenrechtsausschusses am 9.2. gesetzt, dann allerdings noch einmal verschoben.

Am 1. Februar waren wir zu einem Strategietreffen des Forum Solidaridad Perú eingeladen, bei dem ca. 60 Vertreter\*innen des Forums und seiner Partnerorganisationen die politische Krise und ihre Ursachen analysierten und Schlussfolgerungen für die Arbeit zogen. Ein interessanter Austausch!

Carlos Herz, Direktor der Casa Bartolomé de las Casas, war im Januar in Deutschland. Die Infostelle organisierte in Kooperation mit lokalen Institutionen in Freiburg, München und Hamburg Diskussionsveranstaltungen zur aktuellen Lage mit ihm, die auf großes Interesse stießen.

#### Politische Krise: Spendenaktion

Die Familien der Opfer der staatlichen Gewalt brauchen auch finanzielle Unterstützung, ebenso die Demonstrierenden, die aus den Provinzen nach Lima gereist sind. Deshalb haben wir auch einen Spendenaufruf gestartet: für die Unterstützung der Familien der Verstorbenen und

Verletzten in Puno, für den Rechtsbeistand für die Opfer von staatlichen Gewalt und für die Versorgung der Menschen, die aus den Provinzen zu den Protesten nach Lima gereist sind. Insgesamt 3.680 Euro wurden gespendet. Wir haben sie auf schnellem und unbürokratischem Weg an die Nationale Menschenrechtskoordination CNDDHH in Lima sowie an die Pfarrei Pueblo de Dios in Juliaca (Puno) weitergeleitet, deren Pfarrer Luis Zambrano seit langem in der Menschenrechtsarbeit engagiert ist. Einen herzlichen Dank an alle, die gespendet haben!

## 16. Ankündigungen und Hinweise – Februar 2023

### Peru: Kein Ende der Gewalt in Sicht?

Online auf Zoom

Dienstag, 28. Februar 2023, 19 bis 20 Uhr

César Bazán Seminario, Infostelle Peru, im Gespräch mit

Jennie Dador, Direktorin der Nationalen Menschenrechtskoordination CNDDHH über die aktuelle Situation und über das, was jetzt für ein Ende der Gewalt und einen Ausweg aus der Krise nötig ist.

Die politische Krise in Peru nach dem gescheiterten Selbstputschversuch von Ex-Präsident Castillo und seiner Amtsenthebung spitzt sich immer weiter zu. Über 60 Tote und Hunderte Verletzte sind die traurige Bilanz der Proteste und des brutalen Vorgehens von Polizei und Militär gegen die Demonstrierenden. Die Protestierenden verlangen den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte, die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen in diesem Jahr. Dies lehnt der Kongress ab. Bei der Verhaftung von Protestierenden missachtet die Regierung grundlegende Bürgerrechte.

Wir sprechen mit Jennie Dador, Direktorin der Nationalen Menschenrechtskoordination CNDDHH über die aktuelle Situation und über das, was jetzt für ein Ende der Gewalt und einen Ausweg aus der Krise nötig ist.

Deutsch und Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche.

[Hier geht's zur Anmeldung.](#)

**Politische Krise und Frauenbewegung in Peru****Online auf Zoom****Donnerstag, 15. März 2023, 19 bis 21 Uhr**

Frauen sind in Peru immer noch in starkem Maße benachteiligt und Opfer von Gewalt. WHO-Schätzungen zufolge sind in Peru sieben von zehn Frauen Gewalt durch ihre Partner ausgesetzt; von den 777 Femiziden im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 wurden 60 Prozent der Opfer von ihren Partnern ermordet. Frauen machen in ihrem Alltag oft negative Erfahrungen mit Machismus, indigene Frauen sehr häufig in Verbindung mit rassistischen Einstellungen.

Wir wollen wissen: Hat sich die Situation der Frauen unter der Regierung Castillo geändert? Wie erleben Frauenorganisationen die aktuelle politische Krise und die Gewalt? Welche Modelle für eine gleichberechtigte Gesellschaft haben feministische Organisationen in Peru und welche Erfahrungen machen sie?

Wir laden ein zum Gespräch mit

**Victoria Villanueva Chávez**, Mitbegründerung und Vorstand der Frauenbewegung Manuela Ramos, Lima

**Karen Abregu**, Präsidentin des Colectivo Purús Late, Pucallpa

Deutsch und Spanisch mit Simultanübersetzung ins Spanische.

[Hier geht's zur Anmeldung.](#)

**Peru: Erdölkatastrophen und Unternehmensverantwortung. 14 Monate nach dem Erdölnfall von Ventanilla****Online auf Zoom****Dienstag, 28. März 2023, 19 bis 21 Uhr**

Ein vom Südseestaat Tonga ausgehender Tsunami hat im Januar 2022 im mehr als 10.500 Kilometer entfernten Peru eine Ökokatastrophe verursacht. Beim Entladen eines Tankers an einer dem spanischen Repsol-Konzern gehörenden Raffinerie gelangten bei Ventanilla nördlich von Lima 11.900 Barrel Rohöl ins Meer. Teile der Pazifikküste wurden verseucht, die betroffenen Fischer:innen warten bis heute auf Entschädigung. Repsol tut sich schwer, irgendeine Verantwortung anzuerkennen.

Die Katastrophe von Ventanilla ist aber nur ein besonders prominenter Fall von Erdöl-Verseuchung in Peru. Vor allem im Amazonasgebiet geraten immer wieder durch Lecks in den Leitungen große Mengen Erdöl in die Umwelt.

Mit unserer Veranstaltung wollen wir eine Zwischenbilanz ziehen: Wie sieht es ein Jahr nach dem Unglück in Ventanilla aus? Wer und was konnte gerettet werden? Wie ist die Situation im Amazonasgebiet? Welche Maßnahmen unternimmt der peruanische Staat, um Verschmutzung durch Erdöl zu verhindern? Gleichzeitig soll der Blick auf die deutsche und europäische Verantwortung gelenkt werden. Auch für die Erdölförderung gilt das jetzt in Kraft getretene Lieferkettengesetz.

mit

**Vanessa Schaeffer**, peruanische Menschenrechts- und Umweltschützerin, Infostelle Peru

**Luis Díaz Barroso**, Präsident der Fischereivereinigung APADA, Aucallama

Im Rahmen der Lateinamerika-Karibik-Woche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und in Kooperation mit Caritas international.

[Hier](#) geht's zur Anmeldung.

## Hinweise

### **Podcast: Heidelbeeren aus Peru nach Deutschland geflogen**

50.000 Tonnen – so viele Heidelbeeren wurden 2021 aus Peru nach Deutschland geflogen. Das ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern hat auch Auswirkungen auf die lokale Landwirtschaft – und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Eine [Podcast-Folge](#) von PowerShift erklärt, was das mit Handelsabkommen zu tun hat und welche Alternativen es gibt.

### **IBAMA: Der Ort, an dem die Sonne und der Mond auf die Matsés scheinen**

**Info-Veranstaltung von Infoe e.V.**

**Montag, 6. März, 2023, 19 Uhr**

**online**

mit **Daniel Manquid Jiménez** (Matsés), Peru

## 17. Peru-Seminar 5. – 7. Mai 2023

Die Infostelle lädt ein zu ihrem jährlichen Peru-Seminar in Köln

### Peru-Seminar 2023

#### Peru: Wege aus der Dauerkrise?

#### Wochenend-Seminar vom 5. bis 7. Mai 2023 | Köln und online

Die politische Dauerkrise hat sich aktuell zugespitzt, ein Ende ist nicht in Sicht. Dabei geraten die anderen Krisen in Peru in den Hintergrund, obwohl sie ebenso dringend sind: Klimakrise, soziale Krise, Gesundheitskrise, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen.

Beim Peru-Seminar werden wir die verschiedenen Krisen im (globalen) Zusammenhang betrachten und ihre Hintergründe beleuchten. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Suche nach Wegen aus der Krise. Welche Lösungsansätze gibt es im Land, welche auf globaler Ebene?

Indigene Konzepte und Initiativen zeugen von einem ganzheitlichen Verständnis des Zusammenlebens von Natur und Mensch. Wir stellen solche Konzepte vor und überlegen, inwieweit sie einen Weg aus den globalen Krisen aufzeigen können.

Wir diskutieren, welche Rolle die peruanische Zivilgesellschaft in der politischen und sozialen Krise spielt und spielen sollte. Globale Krisen brauchen aber auch globale Lösungsansätze: Internationale Abkommen und Gesetze sind wichtige Instrumente, um Menschen- und Umweltrechte in Peru besser schützen zu können. Wir stellen die wichtigsten vor und diskutieren Strategien, wie wir uns besser für deren Umsetzung einsetzen können.

Mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, interaktiven Methoden und Arbeitsgruppen bieten wir viele Inputs und ebenso viel Raum für Diskussion und Austausch.

#### Aus dem Programm:

##### Politische Krise – kein Ende in Sicht?

Diskussion mit Pilar Arroyo, Instituto Bartolomé de las Casa, Lima

##### Das Abkommen von Escazú und ein Europäisches Lieferkettengesetz: Was bringen Internationale Mechanismen für den Schutz von Umwelt, indigenen Rechten und Menschenrechten?

Panel mit den peruanischen Expert\*innen Antonio Zambrano (Ex-Direktor Mocicc, Lima), Vanessa Schaeffer (Umwelt und Menschenrechtsanwältin, Erzdiözese Freiburg) und NN (Initiative Lieferkettengesetz)

**Klimakrise, Energiewende und Kupfer aus Peru: Notwendigkeiten, Widersprüche und Auswege**, interaktive Annäherung an ein komplexes Thema

**Alternative Entwicklungskonzepte: das Beispiel ADECAP**, mit Carlos Taipe, ADECAP

**Gesundheit in der Krise**, mit Fabiola Torres, Salud con lupa, Lima

**Zivilgesellschaftliche Initiativen und ihre Rolle in der sozialen und politischen Krise**, mit Paul Maquet, CooperAcción, Lima

Nähere Infos, Programm und Anmeldung demnächst auf unserer Homepage unter <https://www.infostelle-peru.de/veranstaltungen/#peru-seminar>

## Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an [newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender\*innen.